

■ Mit dem Staatsstreich gegen die Regierung Allende vom 11. September 1973 wurde Chile zu einem bedeutsamen öffentlichen Streitpunkt in der bundesrepublikanischen politischen Debatte und im Konflikt- und Konkurrenzverhältnis mit der DDR. Die Kontroversen um den blutigen Pinochet-Putsch prägen die Wahrnehmung Chiles bis heute. In Vergessenheit ist dabei geraten, wie wichtig das Land schon längst zuvor für die deutsch-lateinamerikanischen und zunehmend auch die inner-deutschen Beziehungen war. Georg Dufners Aufsatz eröffnet diese zeithistorische Perspektive. ■

Georg J. Dufner

Chile als Partner, Exempel und Prüfstein

Deutsch-deutsche Außenpolitik und Systemkonkurrenz in Lateinamerika

Der Militärputsch am 11. September 1973 in Chile hat im kollektiven Gedächtnis der weltweiten Öffentlichkeit einige der emotionalsten Bilder lateinamerikanischer Staatsstrieche hinterlassen: Das *World Press Photo* dieses Jahres zeigt Salvador Allende in seinem Präsidentenpalast, unter dem Stahlhelm sorgenvoll zum Himmel blickend. Die kreisenden, Bomben abwerfenden Kampffjets und der zerstörte Präsidentenpalast *Moneda* in den Staubwolken der Detonationen fanden ihren Weg in die weltweiten Nachrichten ebenso wie später die Aufnahmen aus dem zum Gefangenenlager umfunktionierten Nationalstadion. In den beiden deutschen Staaten wurden infolge des gewaltsamen Sturzes der Unidad Popular-Regierung nicht nur diese Geschehnisse, sondern erstmals auch die Beziehungen zu Chile generell thematisiert. Damals wurde in beiden Gesellschaften ein Bild von Chile geprägt, das noch lange nachwirken sollte. Wenig bekannt ist hingegen, dass beide deutsche Staaten bereits zuvor intensive Beziehungen zu dem südamerikanischen Land unterhalten hatten.

Die Tatsache, dass die außereuropäischen Beziehungen bisher kein Schwerpunkt der deutschen Gedichtsschreibung waren, trägt dazu bei, dass viele der damals vertretenen Annahmen wenig hinterfragt wurden. Allzu oft wird das Jahr 1973 als einzig denkbarer Fluchtpunkt dargestellt. Geht man davon aus, dass diese teleologische Ausrichtung schon für die chilenische Historiografie sehr verkürzt wirkt¹, so muss dies in ähnlich hohem Maße für die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und Chile gelten. Mit diesem Beitrag soll daher eine ausgewogenere und aussagekräftigere

¹ Zweifel an dieser Ausrichtung wurden unter anderem formuliert durch Mark Falcoff, *Modern Chile, 1970–1989. A Critical History*, New Brunswick/London 1991, hier S. IX. Brands und Harmer formulieren Zweifel an den gängigen Narrativen zur vermeintlich passiven Rolle Chiles bzw. Lateinamerikas im Kalten Krieg; vgl. Hal Brands, *Latin America's Cold War*, Cambridge/London 2010; Tanya Harmer, *Allende's Chile and the Inter-American Cold War*, Chapel Hill 2011.

zeitliche Schwerpunktsetzung bei der Betrachtung der politischen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und der Republik Chile vorgenommen werden, wobei der Fokus auf deren Entwicklung während der 1960er und 1970er Jahre liegen wird². Anhand der gewonnenen Ergebnisse über kurz- und langfristige Folgen der Beziehungen soll deren Bedeutung für die drei beteiligten Staaten im Kontext ihrer politischen Ziele bewertet werden.

Die deutsche Historiografie beginnt die Bedeutung der außereuropäischen Beziehungen der beiden deutschen Staaten während des Kalten Krieges gerade erst zu entdecken. Teils wurde angenommen, diese seien zu vernachlässigen, da weder (post)koloniale noch starke geopolitische Interessen den Fokus – überdies machtpolitisch in unterschiedlichem Maße eingeschränkter – deutscher Staatslenker nach Übersee bewegt hätten. So richtig diese Feststellungen sind, so gewann doch die sich emanzipierende Dritte Welt für Bonn wie für Ost-Berlin immer größere Bedeutung, nicht zuletzt infolge der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz. Während bis zum Erfolg der kubanischen Revolution 1959 Lateinamerika als weitgehend kontrollierte Einflussphäre der Vereinigten Staaten erachtet wurde, so machten spätestens ab diesem Zeitpunkt die drängenden sozialen Probleme und der Wille zu außenpolitischer und wirtschaftlicher Emanzipation die Region zu einem der heißesten Konfliktherde des Kalten Krieges³. Darüber hinaus waren im Falle Chiles die beiden deutschen Staaten Erben einer langen Beziehungstradition⁴. Auf wirtschaftlicher und entwicklungspolitischer Ebene bestanden handfeste Interessen. Diese Umstände führten in ihrer Gesamtheit dazu, dass sich nicht nur Bonn und Ost-Berlin engagierten, sondern auch die politischen Kräfte Chiles erfolgreich um Unterstützung und ideologische Anlehnung bei deutschen Partnern beiderseits des Eisernen Vorhangs warben. Daher konnten und wollten sich die beiden deutschen Staaten nicht aus der politisch-sozialen Entwicklung Chiles heraushalten. Im folgenden sollen zunächst die grundlegen-

² Kurz vor Fertigstellung dieses Artikels erschien der Band von Inga Emmerling, *Die DDR und Chile (1960–1989). Außenpolitik, Außenhandel und Solidarität*, Berlin 2013, der wichtige Annahmen des Autors in seinem Band „Chile als Bestandteil des revolutionären Weltprozesses“. Die Chilepolitik der DDR im Spannungsfeld von außenpolitischen, ökonomischen und ideologischen Interessen 1952–1973, Saarbrücken 2008, bestätigt. Auf einige divergierende Beurteilungen wird noch hingewiesen.

³ Die neuere Forschung hat gezeigt, dass der Kalte Krieg in Lateinamerika wie in vielen Teilen der Dritten Welt als ein „heißer“ Konflikt gesehen werden muss; vgl. Gilbert M. Joseph, *What we know and should know. Bringing Latin America more meaningfully into Cold War Studies*, in: Ders./Daniela Spenser, *In from the cold. Latin America's new Encounters with the Cold War*, Durham/London 2008, S. 3–46.

⁴ Chile gehörte auch nach 1945 zusammen mit Argentinien und Brasilien (den so genannten ABC-Staaten) zu den bedeutsamsten Partnerstaaten in Lateinamerika. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts verband die deutsche Emigration die beiden Länder als kulturelles Band, die in der chilenischen Gesellschaft und Wirtschaft wichtige Spuren hinterließ. Während des Kaiserreichs florierten die Handelsbeziehungen, preußische Pädagogen und Militärinstruktoren waren bis in die Weimarer Republik hinein für den chilenischen Staat von großer Bedeutung. Intensive Kulturbeziehungen – mit selbstverständlich über die Zeit völlig unterschiedlichen Zielsetzungen – stellten eine weitere Konstante der deutsch-chilenischen Beziehungen im 20. Jahrhundert dar.

den Voraussetzungen in den deutsch-chilenischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg beleuchtet werden, bevor in den drei folgenden Abschnitten deren Entwicklung während der 1960er Jahre, der Amtszeit Salvador Allendes (1970–1973) und des Militärregimes zwischen 1973 und 1980 untersucht werden.

Die „deutsche Katastrophe“ (Friedrich Meinecke) aus Nationalsozialismus, Krieg und Holocaust hinterließ in Chile (wie in den meisten Ländern Lateinamerikas) keine schwere politische Hypothek. Obwohl die Mehrheit der Gesellschaft und der politischen Eliten sowie die moderat linksgerichteten Regierungen während des Zweiten Weltkriegs eindeutig zu den Westalliierten gehalten hatten, trugen sie aus Rücksicht auf die verbreitete Germanophilie und die gleichzeitige Abneigung vieler Chilenen gegen den Einfluss der USA nur einen Teil der Maßnahmen mit, die sich Washington erhofft hatte⁵. Aus der Erfahrung des Ersten Weltkriegs erachtete Santiago isolationistische Neutralität als die beste Strategie, um sich auch aus diesem als fremd begriffenen Konflikt heraushalten zu können⁶. Nach dem Ende des Dritten Reichs gab es nur vereinzelte Kritik an den Kontinuitäten in Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik. Gegenüber Bonn bestanden außerhalb des begrenzten Milieus einiger während des Zweiten Weltkriegs nach Chile exilierter deutscher Oppositioneller kaum politische Vorbehalte, zumal die einflussreiche Gruppe der so genannten Deutsch-Chilenen solcher Kritik entgegenarbeitete⁷. Die Deutsche Demokratische Republik (DDR) spielte in der antikommunistischen Regierungspolitik Chiles wie in der öffentlichen Wahrnehmung der 1950er Jahre bis auf vereinzelte Verurteilungen praktisch keine Rolle. Die Wiederanknüpfung diplomatischer und politischer Beziehungen verlief unter diesen Voraussetzungen für die junge Bundesrepublik reibungslos. Die Bundesregierung teilte dem chilenischen Generalkonsul mit, sie schätze die „freundschaftliche Haltung, die unserem Land in jedem Moment entgegen gebracht wurde“, weshalb man „den offiziellen gegenseitigen Beziehungen die gleiche Stellung einräumen wolle wie den bestehenden geistigen Verbindungen zwischen beiden

⁵ Aus Chile erfolgte keine Kriegserklärung, die diplomatischen Beziehungen wurden am 20.1.1943 für „ausgesetzt“ erklärt; vgl. Mario Barros Van Buren, *La diplomacia chilena en la Segunda Guerra Mundial*, Santiago de Chile 1998, S. 74 u. S. 261. Die Arbeit der NSDAP-Auslandsorganisation hatte dazu beigetragen, den Nationalsozialismus in Chile „salonfähig“ zu machen; vgl. Jürgen Müller, *Nationalsozialismus in Lateinamerika. Die Auslandsorganisation der NSDAP in Argentinien, Brasilien, Chile und Mexiko, 1931–1945*, Stuttgart 1997, hier S. 104f. u. S. 155ff.

⁶ Vgl. Joaquín Fernando, *Mundo y fin del mundo. Chile en la política mundial 1900–2004*, Santiago de Chile 2005, S. 150f.

⁷ Hierüber geben u. a. die Archivalien des exilierten Zentrums politiklers Pablo Hesslein in: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, Auskunft. Dieser stand über Jahre hinweg im Konflikt mit der Deutsch-Chilenischen Handelskammer und der Deutschen Lutherischen Kirche in Chile. Als Deutsch-Chilenen wird die Gruppe der ethnischen Deutschen in Chile verstanden, die aus der Immigration seit der Mitte des 19. Jahrhunderts hervorging, kulturelle Eigenheiten bewahrte und sich gesellschaftlich organisierte.

Völkern⁸. Das chilenische Generalkonsulat in Bonn wurde zur Botschaft aufgewertet und in Santiago im Frühjahr 1952 die Botschaft der Bundesrepublik eingerichtet. Der Schwerpunkt der Beziehungen der 1950er Jahre lag in der Behandlung von bilateralen Wirtschaftsfragen, politisch waren sie hingegen wenig ereignisreich⁹. Die Aktivitäten der DDR in Chile waren während der gesamten 1950er Jahre infolge der äußeren Situation und mangelnder Ressourcen stark eingeschränkt. Die Initiative Ost-Berlins beschränkte sich auf Versuche des Ministeriums für Außenhandel und innerdeutschen Handel (MAI) in Santiago eine Handelsvertretung zu errichten, was jedoch nur für wenige Jahre und mit zu vernachlässigenden Folgen für die bilateralen Handelsbeziehungen gelang. Ein größeres Interesse der SED oder des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) an der Region scheint insgesamt bis in die frühen 1960er Jahre nicht bestanden zu haben.

Lateinamerika und Chile erreichten in den 1950er Jahren, vom Wirtschaftsministerium unter Erhard einmal abgesehen¹⁰, kaum die höchsten ministeriellen Ebenen der bundesdeutschen Politik. Im Umfeld Adenauers versuchten zwar einzelne Persönlichkeiten, den Bundeskanzler von den Vorteilen intensiverer politischer Kontakte nach Lateinamerika zu überzeugen. Adenauer jedoch teilte deren Erwartungen nicht¹¹. In einem Brief vom Januar 1956 an Außenminister Heinrich von Brentano bemerkte er süffisant: „Ich lese in der Presse, daß von Seiten des Wirtschaftsministeriums die Verbindungen nach Südamerika besonders betont werden. Ich habe schon im Jahre 1954 dem Wirtschaftsministerium und ebenfalls dem Auswärtigen Amt gesagt, daß der Vordere Orient für uns das vornehmste Feld der wirtschaftlichen Betätigung sein müsse, weil allein im Vorderen Orient [...] gleichzeitig politische Ergebnisse für Deutschland erzielt werden können.“¹² Adenauers regionale Schwerpunktsetzung blieb letztlich während der

⁸ Archiv des chilenischen Außenministeriums (künftig: ARREE), Antecedentes Desbloqueo Bienes, 1949–1953, Sign. 2916, unpaginiert, „Representación en Alemania“, Generalkonsul Riccio an das chilenische Außenministerium (MRE), 24. 7. 1951.

⁹ In Wirtschaftsfragen spielte insbesondere die Regelung des während des Krieges konfiszierten deutschen Vermögens eine Rolle. In einem der wenigen genuin politischen Themen gelang es dem ersten Botschafter Carl von Campe die Auseinandersetzungen zwischen pro-nazistischen und demokratischen Gruppen innerhalb der „deutschen Kolonie“ zu beruhigen. Die Tatsache, dass sich selbst der kritische Pablo Hesslein positiv über das „Verständnis und [die] Unterstützung, die er bei der Botschaft in Santiago gefunden habe“, äußerte, spricht für die Vermittlungserfolge von Campos. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PA/AA), Personalakten von Campe, NA 46674, Bl. 92, Brief Ministerialdirektor Pfeiffer, AA, an von Campe, 13. 9. 1952.

¹⁰ Erhard beschrieb die wirtschaftlichen „Chancen in Lateinamerika“ und besuchte den Subkontinent mehrfach; vgl. Ludwig Erhard, Deutschlands Rückkehr zum Weltmarkt, Düsseldorf 1953.

¹¹ Vgl. Dieter Marc Schneider, Johannes Schauff (1902–1990). Migration und „Stabilität“ im Zeitalter der Totalitarismen, München 2001, S. 137–144.

¹² Adenauer, Briefe 1955–1957 (Rhöndorfer Ausgabe), hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1998, Dok. Nr. 94, Adenauer an von Brentano, 16. 1. 1956, S. 133f. Neben Erhard widersprach auch Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier (CDU) Adenauer und plädierte für ein größeres Engagement in Lateinamerika.

gesamten 1950er Jahre und trotz der Bemühungen der Lateinamerika-Befürworter bestehen. Jedoch sollten deren Wünsche sich im darauffolgenden Jahrzehnt umso nachdrücklicher erfüllen.

Chile zwischen Krise, Reform und Entwicklungspolitik

Der Sieg der kubanischen Revolutionäre unter Fidel Castro am 1. Januar 1959 veränderte schlagartig und grundlegend die bis dahin – je nach Standpunkt – stabile beziehungsweise statische Situation im deutsch-deutsch-chilenischen Dreieck. In Chile war der Erfolg der kubanischen Revolutionäre ein Weckruf für die aus der Unzufriedenheit über jahrelange soziale Stagnation angewachsene marxistische Linke, in Ost-Berlin verhiieß er Hoffnung auf neue außenpolitische Möglichkeiten im bis dato verschlossenen „Hinterhof der USA“, und in Bonn wurde er als alarmierendes Menetekel marxistischer Umstürze und des Einflussverlustes des Westens auf dem Subkontinent gedeutet¹³. Dementsprechend unterschiedlich waren die politischen Herangehensweisen gegenüber Chile: Die Bundesrepublik vertrat eine defensive Strategie, die darauf abzielte, ihre starke Position in den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen abzusichern, wobei man sich auf den Antikommunismus der chilenischen Rechten zwar noch verlassen konnte, aber schon in der Mitte des politischen Spektrums zunehmend mehr Energie, politische und finanzielle Ressourcen einsetzen musste. Die SED-Führung, die federführende Abteilung Internationale Verbindungen (AIV) des Zentralkomitees und das MfAA hingegen vertraten immer offensiver ihren Anspruch auf Anerkennung, wobei sie sich auf die Unterstützung durch Chiles Kommunistische Partei (*Partido Comunista*, PC), einzelne Politiker anderer Linksparteien sowie linker Christdemokraten verlassen konnten.

Chile, obwohl weder das ärmste noch das instabilste Land der Region, wurde während der 1960er Jahre als verwundbar, umsturzgefährdet und insofern exemplarisch für den Subkontinent begriffen. Anhaltspunkte hierfür fanden sich in der seit Jahrzehnten stagnierenden sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, die sich unter anderem durch die große Abhängigkeit von Primärgüterexporten, extreme Inflationsraten und eine hochgradig ineffiziente Landwirtschaft charakterisierte¹⁴. Diese Faktoren begünstigten die wohlorganisierte PC, noch mehr aber das massive Wachstum der in vielerlei Hinsicht noch radikaleren Sozialistischen Partei Chiles (*Partido Socialista*, PS) sowie das Aufkommen extremer, auch terroristischer Gruppen der Linken¹⁵. Die große Aufmerksamkeit des Westens für

¹³ Schon ein Jahr zuvor hatte der knappe Wahlsieg des konservativen Jorge Alessandri (31,2%) vor dem Sozialisten Salvador Allende (28,5%) in den chilenischen Präsidentschaftswahlen Sorgen geweckt; vgl. Ricardo Cruz-Coke, *Historia electoral de Chile 1925–1973*, Santiago de Chile 1984, S. 108.

¹⁴ Die wohl bekannteste Zusammenfassung der strukturellen Probleme der chilenischen Wirtschaft, in: Aníbal Pinto Santa Cruz, *Chile, un caso de desarrollo frustrado*, Santiago de Chile 1959.

¹⁵ Vgl. auch Paul W. Drake, *Socialism and Populism in Chile, 1932–1952*, Urbana u. a. 1978, S. 275.

diese Vorgänge erklärte sich durch das mit Westeuropa vergleichbare Parteiensystem und die gute internationale Vernetzung chilenischer Politiker¹⁶. Der Zeitraum zwischen 1960 und 1973 wird in der chilenischen Historiografie als Zeit tiefgreifender gesellschaftlicher Umwälzungen, des Aufbruchs und der politischen Polarisierung begriffen, welche mit dem Militärputsch von 1973 ihren Höhepunkt erreichte. Zuvor suchten demokratische gewählte Regierungen die politische Stagnation und die sozialen Spannungen auf paradigmatisch sehr unterschiedliche Weisen zu lösen: Der unabhängige Konservative Jorge Alessandri (1958 bis 1964), der Reformler und Christdemokrat Eduardo Frei Montalva (1964 bis 1970) und der Sozialist Salvador Allende (1970 bis 1973).

Auch für die Außenpolitik der beiden deutschen Staaten markierten die beginnenden 1960er Jahre einen Einschnitt: Der Mauerbau stabilisierte die SED-Diktatur und erlaubte ihr so die bereits angesprochene, offensivere Außenpolitik. Wie Münger feststellt, war mit der politischen Beruhigung und der territorialen Verfestigung der europäischen Nachkriegsordnung die Berlin- und Deutschlandfrage zugunsten der Entwicklungen in der Dritten Welt „endgültig vom Zentrum des Kalten Krieges an dessen Peripherie gerückt worden“¹⁷. Das Interesse verschob sich von Berlin als vormals „gefährlichstem Ort der Welt“ (Kempe) hin in die Dritte Welt und nach Lateinamerika, das durch Kennedy zur nun „gefährlichsten Region der Welt“ (Rabe) erkoren wurde¹⁸.

Die neue politische Situation forderte von beiden deutschen Staaten in Lateinamerika neue Herangehensweisen und eine bedeutende Ausweitung der eingesetzten Ressourcen. Kennedys „Allianz für den Fortschritt“ und die Erkenntnis Washingtons, dass man nicht alleine für die Entwicklung Lateinamerikas sorgen könne, drängten Bonn in diese Richtung: Von der reich gewordenen Bundesrepublik erwarteten die USA und andere westliche Staaten ein größeres Engagement zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Dritten Welt oder wie Heide-Irene Schmidt schreibt: „Germany’s large surplus invited pressures on all fronts.“¹⁹ Dies implizierte allerdings nicht nur Pflichten, sondern eröffnete auch neue politische Möglichkeiten und Potenziale. Diese wurden jedoch nicht sofort ergriffen: Außenminister von Brentano musste dem weiterhin skeptischen Adenauer versichern, dass es sich bei der Entwicklungshilfe nicht um die Realisierung von „romantische[n] oder sentimentale[n] Vorstellungen“ han-

¹⁶ Vgl. Joaquín Fernando, ¿Peón o actor? Chile en la Guerra Fría (1962–1973), in: Estudios Públicos 72 (1998), S. 149–171.

¹⁷ Christof Münger, Kennedy, die Berliner Mauer und die Kubakrise. Die westliche Allianz in der Zerreißprobe 1961–1963, Paderborn 2003, S. 360.

¹⁸ Vgl. Frederick Kempe, Berlin 1961. Kennedy, Chruschtschow und der gefährlichste Ort der Welt, München 2011, sowie Stephen G. Rabe, The most dangerous area in the world. John F. Kennedy confronts Communist revolution in Latin America, Chapel Hill/London 1999. Der Terminus „Dritte Welt“ wird hier in einem politischen, auf die Blockfreiheit bezogenen Sinn benutzt.

¹⁹ Heide-Irene Schmidt, Pushed to the Front: The Foreign Assistance Policy of the Federal Republic of Germany, 1958–1971, in: Contemporary European History 12 (2003), Nr. 4, S. 473–507, hier S. 479.

dele. Vielmehr müsse sich die Bundesregierung darüber im Klaren sein, dass „wir in Afrika, in Asien und nicht zuletzt auch in Südamerika in einem harten Kampf mit dem Weltkommunismus stehen, der die wirtschaftliche Notlage und soziale Unordnung in diesen Bereichen gerne und erfolgreich dazu benutzen will, um die westliche Welt zu überspielen und Stützpunkte zu errichten; die ersten Ansätze sehen wir ja in Kuba, im Kongo, in Ägypten und auch in Indonesien.“²⁰

Bundestagspräsident Gerstenmaier war unter den ersten deutschen Politikern, die in den Tagen nach einer schweren Erdbebenkatastrophe am 22. Mai 1960 Hilfsprogramme der Bundesregierung forderten und private Spenden für ein „Deutsches Hilfswerk für Chile“ bewarben²¹. Zusammen mit dem seit 1959 amtierenden Botschafter Hans Strack drängte Gerstenmaier auf eine möglichst schnelle Umsetzung der Hilfsmaßnahmen, da das „deutschfreundlichste Land der Welt“ diese moralisch verdiene und von der Bundesrepublik erwarte²². Die Zahlungen der Bundesregierung wurden im Laufe der ersten Wochen nach Bekanntwerden der Katastrophe von 0,5 zunächst auf 10 Mio. und bis 1962 in Form von Kapitalhilfen auf 100 Mio. DM erhöht²³.

Dem sich technokratisch-überparteilich gebenden Präsidenten Alessandri traute man in Bonn die Überwindung der Stagnation zu. Ein Ausdruck des Vertrauensvorschlusses, den man ihm entgegenbrachte, waren Kreditzusagen in Höhe von insgesamt 300 Mio. DM²⁴. Der Staatsbesuch Heinrich Lübkes 1964, der in der Spätphase der Präsidentschaft Alessandris stattfand, war der protokollarische Höhepunkt der Beziehungen. In den Unterhaltungen mit Lübke merkte der chilenische Präsident an, er bedauere, dass keiner der Präsidentschaftskandidaten der „jetzigen Regierungstendenz“ entspreche. Angesichts der Wahl zwischen Allende und Frei hoffe er jedoch auf einen Sieg des Christdemokraten²⁵. Anschließend traf sich Lübke auch mit Frei²⁶. Bei diesem Gespräch versäumte Frei

²⁰ Brentano in einem Brief an Adenauer vom 23. 3. 1961, FN 8 zu Dokument Nr. 227, in: Adenauer. Briefe 1959–1961 (Rhöndorfer Ausgabe), hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearb. von Hans Peter Mensing, Paderborn 2004, S. 511.

²¹ PA/AA, B 2 / 77, S. 158f., Aufzeichnung „Hilfe für die Erdbebenkatastrophe in Chile“, 27. 5. 1960.

²² Archiv für Christlich-Demokratische Politik (künftig: ACDP), Bestand Eugen Gerstenmaier, Sign. 01–210, Faszikel 085/2, „Bundestagspräsident Gerstenmaier: Aufruf zur Hilfe für Chile“, Manuskript des Süddeutschen Rundfunks, 30. 5. 1960.

²³ Damit war die Bundesrepublik nur hinter den USA und gleichauf mit Kanada unter den größten Geldgebern. Kabel von Brentano an Botschaft Santiago, 10. 6. 1960, in: PA/AA, B 2 / 77, Bl. 180; vgl. auch 109. Kabinettsitzung am 10. 6. 1960, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1960, bearb. von Ralf Behrendt und Christoph Seemann, Bd. 13, München 2003; zur Aufstockung auf 100 Mio. DM siehe Mitteilungen der Deutsch-Chilenischen Industrie- und Handelskammer, September 1970, No. 240, S. 6, in: Archiv der Deutsch-Chilenischen Industrie- und Handelskammer, Santiago, sowie teilweise im Ibero-Amerikanischen Institut Berlin.

²⁴ PA/AA, B 33 / 260, Bl. 10, Entwurf einer Instruktion für Botschafter Strack, AA, 22. 10. 1959.

²⁵ PA/AA, B 33 / 308, unpaginiert, Fernschreiben Buenos Aires (gez. Jansen/Mohr) an AA, Nr. 42, 4. 5. 1964.

²⁶ Ebenda, unpaginiert, Aufzeichnung „Besuch des Herrn Bundespräsidenten in Chile vom 29. 4. bis 4. 5. 1964“, Botschaft Santiago de Chile an AA, 12. 5. 1964, S. 2 u. S. 5.

es nicht, überdeutlich darauf hinzuweisen, dass es nur durch die Unterstützung des Westens und insbesondere der Bundesrepublik möglich sein werde, dass Lateinamerika nach dem kubanischen Negativbeispiel nun eine „positive Erfahrung mit der christlichen Demokratie in Chile mache, wo gezeigt werden soll, dass Demokratie und wirtschaftlicher Fortschritt miteinander vereinbar sind“²⁷. In dieser und weiteren Verhandlungen zeigte sich, dass es Frei aufgrund seines reformistischen Programm, das unter dem klangvollen Motto „Revolution in Freiheit“ firmierte, der hervorragenden internationalen Vernetzung seiner Partei und nicht zuletzt wegen seines Charismas sehr effektiv möglich war, „auf den zarten Saiten des nordamerikanischen und europäischen Gewissens zu spielen“²⁸. Dass die Programmatik der PDC wichtigen Teilen der Union zu weit links war, weil sie einen „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus vertrat, sollte sich erst noch herausstellen. Von der Bedeutung einer zukünftigen christdemokratischen Regierung überzeugt, willigte Lübke in einem Akt präsidialer Willkür in die von Alessandri und Frei vorgetragene Bitten ein, angesichts der schlechten Finanzlage Chiles Hilfgelder in Höhe von 70 Millionen DM, die für konkrete Projekte eingeplant gewesen waren, in freie Kredite umzuwandeln, um so der PDC eine bessere Ausgangsbasis zu verschaffen²⁹. Trotz des Unwillens über diese Eigenmächtigkeit Lübkes folgte man im Bundeskabinett diesem mündlich gegebenen Versprechen. Tatsächlich erzielte Frei im September 1964 einen überragenden Wahlsieg mit 55,6 Prozent der Stimmen³⁰. Freis Europareise 1965 wurde ein großer Erfolg. Keinem chilenischen Präsidenten vor ihm war so viel Aufmerksamkeit zuteil geworden³¹. Der CSU-Politiker Hermann Görge bezeichnete die chilenische Christdemokratie als „ein lebenswichtiges Experiment der westlichen Welt“. Frei sei dank seines Sozialprogramms, zu dem die konservativen Oberschichten nicht fähig gewesen seien, ein „wirksamer Gegenspieler Fidel Castros in Lateinamerika“. Den Erfolg der PDC schrieb Görge der geschickten Besetzung der zentralen Themen zu, was jedoch eine hohe Erwartungshaltung erzeuge. Frei sei es gelungen, „mit

²⁷ Ebenda, unpaginiert, „Dolmetscheraufzeichnung über das Gespräch des Herrn Bundespräsidenten mit dem chilenischen Präsidentschaftskandidaten Frei“, 1. 5. 1964.

²⁸ Fermadois, *Mundo y fin del mundo*, S. 186.

²⁹ PA/AA, B 33 / 308, unpaginiert, Aufzeichnung „Besprechung des Herrn Bundespräsidenten mit Präsident Alessandri und Außenminister Philippi vom 2. 5. 1964“ (gez. Dr. Jansen), handschriftliche Notizen auf der Rückseite. 21 Mio. DM des Gesamtbetrages projektgebundener Mittel wurden der Regierung Alessandri als Soforthilfekredit zur Verfügung gestellt; PA/AA, B 33 / 404, unpaginiert, „Chile. Gewährung weitere Entwicklungshilfe“, Entwurf einer Kabinettsvorlage des AA, 18. 2. 1965, S. 2. Laut Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi), Neef, sprächen „zwar keine wirtschaftspolitischen Gründe für diese Maßnahme“, Erhard wolle jedoch „in Anbetracht des politischen Gewichts nicht widersprechen“; Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. vom Bundesarchiv, 127. Kabinettsitzung am 19. 6. 1964, „Kapitalhilfe für Chile“. Online unter: http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1964k/kap1_2/kap2_26/para3_8.html [18. 5. 2011].

³⁰ Vgl. Cruz-Coke, *Historia electoral de Chile*, S. 110.

³¹ Der britische „Guardian“ feierte Frei als „de Gaulle Lateinamerikas“. Der Vergleich mit Frankreichs Präsidenten bezog sich u. a. auf die Innenpolitik, das kritische Verhältnis zu den USA, die dezidierte Unabhängigkeit in Fragen der internationalen Politik sowie die Betonung des „Dritten Weges“; vgl. The de Gaulle of Latin America, in: *The Guardian* vom 12. 7. 1965.

einem gemäßigten, keineswegs unproblematischen Linksprogramm die antikomunistische Fahne aus den Händen der Konservativen und die antiimperialistische und antioligarchische Fahne aus den Händen der Kommunisten zu reißen“³².

Für die chilenischen Regierungen der 1960er Jahre, besonders aber für Frei, ergaben sich in mehrfacher Hinsicht günstige Bedingungen für den Erhalt bundesdeutscher Entwicklungsgelder: Die Angst vor einer marxistischen Bedrohung, zusammen mit der beginnenden Institutionalisierung der bundesdeutschen Entwicklungshilfe und der bekannten Sensibilität Bonns für die Aktivität der DDR, eingerahmt von der neuen Schwerpunktsetzung der USA im Rahmen der „Allianz für den Fortschritt“, stellten im Zusammenwirken eine günstige Großwetterlage dar, in deren Folge dem Land am Pazifik mittelfristig weit überproportional Finanzmittel und technische Hilfen zur Verfügung gestellt wurden³³. Auch das Fehlen traditioneller, postkolonialer Partnerländer der Bundesrepublik wirkte sich vorteilhaft aus: Bis 1968 rangierte Chile bei einer Bevölkerungszahl von gerade einmal 9,5 Mio. (Stand 1970) mit insgesamt 253 Mio. DM empfangener Mittel auf dem sechsten Platz weltweiter bundesdeutscher Kapitalhilfen³⁴. Brasilien (1970: 96 Mio. Einwohner) folgte mit 191 Mio. DM auf dem zwölften Platz, Peru (1970: 13,2 Mio. Einwohner) belegte mit 100 Mio. DM den 19. Rang³⁵. Somit war Chile in Lateinamerika sowohl in absoluten Zahlen und noch deutlicher im Pro-Kopf-Verhältnis unangefochtener Spitzenreiter. Auch über den längeren Zeitraum von 1950 bis 1982 gesehen stand das Land in der bilateralen öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit mit über 535 Mio. DM innerhalb Lateinamerikas (trotz der während der Diktatur vorgenommenen Mittelkürzung) auf dem vierten Platz, nur knapp hinter wesentlich bevölkerungsreicheren Staaten wie Brasilien, Peru und

³² Hermann C. Görgen, Chile – ein lebenswichtiges Experiment der westlichen Welt, in: *Echo der Zeit* vom 18. 7. 1965, S. 3f.

³³ Speziell im Falle Chiles regten die USA größere bundesdeutsche Hilfen an; vgl. PA/AA, AV Neues Amt / 3998, unpaginiert, „Politischer Jahresbericht für Chile 1962“, Botschafter Strack an AA, 21. 1. 1963, S. 12. Die USA selbst förderten während der 1960er Jahre Chile ebenfalls überproportional; vgl. Albert L. Michaels, *The Alliance for Progress and Chile's 'Revolution in Liberty'*, 1964–1970, in: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs* 18 (1976), Nr. 1, S. 77. Washington überwies über eine Milliarde US-Dollar an Hilfsgeldern, womit Chile das am höchsten geförderte Land Südamerikas war; vgl. Rabe, *Most dangerous area*, S. 112. Chiles vorteilhafte Position als Modellfall beschreibt auch Botschafter Strack, in: PA/AA, B 33 / 329, unpaginiert, Bericht „Chile und das Bündnis für den Fortschritt“, Botschaft Santiago de Chile, gez. Strack an AA, 22. 4. 1963, S. 1.

³⁴ Davor rangierten Indien, Pakistan und andere bevölkerungsreiche Staaten Südasiens. Eine Übersicht der in Chile durchgeführten Projekte und Summen, in: *Mitteilungen der Deutsch-Chilenischen Industrie- und Handelskammer*, September 1970, No. 240, S. 6 (wie Anm. 23).

³⁵ Vgl. Horst Dumke/Albrecht Kruse-Rodenacker, *Kapitalhilfe. Untersuchungen zur bilateralen Kapitalhilfe im Rahmen öffentlicher Leistungen*, Berlin 1970, S. 109; Schmidt, *Pushed to the front*, S. 501. Bevölkerungsdaten nach Jorge A. Brea, *Population Dynamics in Latin America*, in: *Population Bulletin*, No. 58, H. 1, 2003, Tabelle 1, S. 7.

Kolumbien³⁶. Bereits 1963 wurden in Chile vier technische Projekte, ab Juni 1965 ein fünftes betrieben, bei denen insgesamt 39 bundesdeutsche Techniker und Entwicklungshelfer eingesetzt waren. Im Juli 1965 waren weitere Projekte mit insgesamt 14 zusätzlichen Stellen genehmigt³⁷. Das Land war unter den weltweit ersten Antragstellern des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED)³⁸.

Mehr noch als die Quantität der offiziellen Entwicklungshilfe gibt das Engagement parteinaher Stiftungen Auskunft über die qualitative Erweiterung der Hilfe für Chile³⁹. Hierbei sticht die intensive christdemokratische Kooperation heraus, an der grenzüberschreitend westeuropäische und lateinamerikanische Akteure beteiligt waren, weshalb man tatsächlich von einem transnationalen Projekt sprechen kann⁴⁰. Dabei war die Verbindung zwischen der CDU und der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) zur chilenischen Christdemokratischen Partei (PDC) bis zum Staatsstreich von 1973 die intensivste überseeische Zusammenarbeit⁴¹. Nicht zu unterschätzen ist dabei die Rolle einzelner Protagonisten: Die CDU-Bundestagsabgeordneten Heinrich Gewandt und Bruno Heck waren nicht nur zentrale Figuren bei der Gründung der KAS-Auslandsarbeit, dem Institut für Internationale Solidarität (IIS), sondern auch bei dessen schwerpunktmäßiger Ausrichtung auf Chile (und in geringerem Ausmaß auf Venezuela)⁴². Trotz der offensichtlichen

³⁶ Entwicklungspolitik. Jahresbericht 1982. Erweiterte Textfassung mit Schaubildern und Tabellen, hrsg. vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), Bonn 1983, S. 56.

³⁷ Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, B 2 / 108, Mappe 3, Bl. 42–44, „Deutsche Entwicklungsvorhaben in Chile“, in: „Staatsbesuch des chilenischen Präsidenten Frei vom 19.7.–22.7.1965“, Informationsmappe.

³⁸ PA/AA, B 33 / 329, unpaginiert, Hausmitteilung „Deutscher Entwicklungsdienst ‚Lernen und Helfen in Übersee e.V.‘“, AA, Referat III B 1 (802), an mehrere Referate des AA, 16.7.1963. Der DED betrieb zwischen 1965 und 1974 Entwicklungsprojekte in Chile. DED (Hrsg.), Statusbericht 2003, Bonn 2003, S. 269.

³⁹ Die Stiftungen gesellten sich mit ihrer gesellschaftspolitischen Arbeit in Chile zu den bereits vor Ort befindlichen deutschen Kirchen, die soziale Projekte betrieben. Nach Henning von Vieregge, Parteistiftungen. Zur Rolle der Konrad-Adenauer-, Friedrich-Ebert-, Friedrich-Naumann- und Hanns-Seidel-Stiftung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1977, S. 62f., war die Einbindung der politischen Stiftungen in die Entwicklungspolitik nicht selbstverständlich, sondern der politischen und organisatorischen Schwäche des 1961 gegründeten BMZ geschuldet.

⁴⁰ Neben christdemokratischen Parteien in Frankreich, Belgien, der Bundesrepublik und Italien förderte eine Vielzahl katholischer Institutionen die chilenische Christdemokratie.

⁴¹ Vermittelt wurden die Kontakte zwischen lateinamerikanischen Christdemokraten und dem KAS-Vorläufer, der Politischen Akademie Eichholz, durch den belgischen Generalsekretär des Internationalen Bundes der Christlichen Gewerkschaften Vanistendael; vgl. Schneider, Schauff, S. 139. Auch belgische Jesuiten wirkten zwischen 1957 und 1970 auf Bitten des chilenischen Episkopats maßgeblich an der Basisarbeit der PDC mit, die sich am „franco-belgischen Modell“ des politisch-sozialen Katholizismus orientierte; vgl. Andrea-Isa Moews, Eliten für Lateinamerika. Lateinamerikanische Studenten an der Katholischen Universität Löwen in den 1950er und 1960er Jahren, Köln u. a. 2002, S. 37ff., S. 208–210 u. S. 267f., sowie Alan Angell, Politics and the labour movement in Chile, London 1972, S. 178.

⁴² Adenauer musste von der Schwerpunktsetzung Lateinamerika überzeugt werden und ebenso davon, dass der Begriff Solidarität keine sozialistischen Anklänge habe; vgl. Schneider, Schauff, S. 100f. u. S. 140f.

programmatisch-ideologischen Differenzen zwischen den Unionsparteien und der PDC gelang es, die Unterstützung der Union für die PDC sicherzustellen und diese massiv zu fördern⁴³. Materielle Leistungen bildeten nur einen Teil der Förderung, welche die PDC aus der Bundesrepublik erfuhr. Beiträge ideeller Natur erbrachten die fünf hauptamtlichen Mitarbeiter der KAS in Santiago und ihr nahe stehender Organisationen vor allem auf dem Gebiet der Parteiorganisation und der gesellschaftlichen Arbeit. Nicht nur angesichts des überzeugenden Wahlsiegs der PDC ist allerdings anzuzweifeln, dass, wie der *Spiegel* vermutete, die Hilfen der „rheinisch geschulten Frei-Kreuzzügler“ ausschlaggebend dafür waren, dass die „erste legale Machtübernahme eines kommunistischen Regimes in Amerika“ verhindert worden sei⁴⁴.

Für die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) war die Ausgangslage in Chile weniger günstig. Die chilenische Sozialdemokratie drohte durch den Aufstieg der marxistischen Linken marginalisiert zu werden, und auch in den Gewerkschaften wurden moderate Stimmen an den Rand gedrängt. In den kleineren, nicht-marxistischen Gewerkschaften wurden intensive persönliche Machtkämpfe ausgetragen, was einen FES-Mitarbeiter zu dem Urteil veranlasste, es sei „unbestreitbar, daß die gewerkschaftlichen Verhältnisse Chiles zu den problematischsten und zugleich deprimierendsten von ganz Lateinamerika gehören“⁴⁵. Die aufstrebende PS grenzte sich scharf von der europäischen Sozialdemokratie ab, die ideologischen Entwicklungen in der deutschen Sozialdemokratie nach Godesberg und in der chilenischen Linken liefen also konträr. Gemildert wurde die Situation durch programmatische Überschneidungen zwischen SPD und PDC: Zwischen beiden gab es bedeutsame Schnittmengen, so dass gute Verbindungen entstanden, wenn auch weniger auf der institutionalisierten Ebene der Parteien, als in Form von informellen Kontakten. Das Engagement der deutschen Sozialdemokratie wie auch ihrer italienischen (PSDI, Saragat) und britischen Spielarten (Labour) entsprach dem dezidierten Wunsch Präsident Frei⁴⁶. KAS wie FES engagierten sich in gesellschaftspolitischen Bereichen und in der Gewerkschaftsarbeit, wo US-Organisationen „in dem zur Zeit sehr anti-amerikanischen Chile“ nicht produktiv handeln konnten⁴⁷. In einer noch schwierigeren Situation als die FES

⁴³ Frei politische Positionierung zwischen den „Reaktionären ohne Gewissen“ und den „Revolutionären ohne Kopf“ wurde – die vermeintlichen regionalen Umstände mit einbeziehend – als passend zu den eigenen Zielen deklariert. Wahlkampfansprache Frei, publiziert in: *El Mercurio* vom 1.9.1964, zit. nach Simon Collier/William F. Sater, *Historia de Chile. 1808–1994*, Cambridge u. a. 21999, S. 267.

⁴⁴ „Chile: Präsidentenwahl – Hilfe aus Bonn“, in: *Der Spiegel* vom 16.9.1964, S. 94f.

⁴⁵ Archiv der sozialen Demokratie (künftig: AdSD), DGB-Archiv, DGB-Bundesvorstand, Internationale Abteilung, 5/DGAJ000549, unpaginiert, Brief Dieter Wagner [Adressat vermutlich FES-Zentrale Bonn], September 1964.

⁴⁶ PA/AA, B 33 / 402, unpaginiert, Aufzeichnung „Politische Ergebnisse des Staatsbesuches des chilenischen Präsidenten Frei“, AA, 16.8.1965, S. 6f.

⁴⁷ Ibero-Amerikanisches-Institut Berlin, Nachlass Hirsch-Weber, N-0086 b 3, Bl. 29, Wolfgang Hirsch-Weber an Günter Grunwald, FES Bonn, 4.2.1964. Hirsch-Weber, der erste Repräsentant der FES in Chile, zitierte an dieser Stelle die Äußerungen des „labor attaché“ der US-Botschaft in Santiago, Walsh.

befand sich die Friedrich-Naumann-Stiftung (FNST): Die chilenische Liberale Partei bewegte sich in ihrer ideologischen Positionierung hin zu den Konservativen, weshalb man das 1964 begonnene Engagement Ende der 1960er Jahre einstellte⁴⁸.

Die politischen Stiftungen profitierten in ihrer Arbeit einerseits vom hohen Ansehen der Bundesrepublik und andererseits vom nichtstaatlichen Charakter ihrer Organisationen. Mit der wachsenden politischen Polarisierung und der misstrauischen Überwachung durch die marxistische Linke wurde die Stiftungsarbeit jedoch vom Vorwurf der Einmischung in innerchilenische Angelegenheiten überschattet⁴⁹. Da bundesdeutsche Institutionen in unterschiedlicher Form und Intensität mit den USA zusammenarbeiteten und in der Förderung Freis ein starkes gemeinsames Interesse hatten⁵⁰, verursachten die heftigen Attacks gegen Washington auch in Bonn Unbehagen. Im AA ging man deshalb dazu über, in Lateinamerika alle „Projekte auf ihre möglicherweise bedenklichen Konsequenzen für unsere auswärtigen Beziehungen zu überprüfen“ und beteiligte „Stellen ausserhalb des Auswärtigen Amtes“ dementsprechend zu unterrichten⁵¹. In der PDC war man sich ohnehin der Sprengkraft ausländischer Förderung bewusst, wie dies Freis dünnhäutige Reaktion auf entsprechende Nachfragen nahe legt: Während seines Staatsbesuchs in der Bundesrepublik befragt, ob seine Partei Unterstützungszahlungen von der Union erhalten habe, verweigerte er erregt die Antwort und sprach von einer „ungeheuerlichen Unterstellung“ und einer „Beleidigung Chiles und des chilenischen Staatspräsidenten“⁵².

Das Augenmerk des AA richtete sich daher auf das Auftreten der KAS in Chile und den omnipräsenten Abgeordneten Gewandt. Tatsächlich ließen die Angriffe gegen KAS und FES aus sozialistischen und kommunistischen Medien nicht lange auf sich warten. Das 1968 erschiene Buch *Chile invadido* des Publizisten Eduardo Labarca fasst die Vorstellung der chilenischen Linken zusammen, ihr Land sei Opfer einer massiven, von den USA orchestrierten Durchdringung durch Regierungsstellen und Organisationen westlicher Staaten geworden, an der sich die Bundesrepublik prominent beteiligt habe, um die Interessen der chilenischen

⁴⁸ Chile gehörte zu den ersten Auslandsvertretungen der FNST. Vgl. Jahresbericht 1968, Bad Godesberg [1969], S.9. Die 1967 gegründete CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung war erst ab 1978 in Chile vertreten.

⁴⁹ Ein Markstein dieser Entwicklung war das Bekanntwerden des so genannten Project Camelot. Bei diesem Forschungsprojekt, das die US-amerikanische Research and Development (RAND) Corporation 1964 und 1965 im Auftrag des Pentagon in Chile durchführte, sollten das Bürgerkriegspotential sowie mögliche Gegenmaßnahmen des Militärs gegen einen Umsturzversuch durch linke Kräfte überprüft werden.

⁵⁰ Vgl. Edward Korry, *Los Estados Unidos en Chile y Chile en los Estados Unidos. Una retrospectiva política y económica (1963–1975)*, in: Estudios Públicos, No. 72, Frühjahr 1998, S. 17–74, hier S. 65. Korry war von 1967 bis 1971 US-Botschafter in Chile.

⁵¹ PA/AA, B 33 / 380, unpaginiert, „Lateinamerikanische Reaktionen auf ein nordamerikanisches Studienprojekt in Chile“, Wolf, AA an Referate des AA, 20. 8. 1963.

⁵² „Präsident Frei fühlte sich beleidigt. Zwischenfall auf Pressekonferenz – Ungeheuerliche Unterstellung“, in: General-Anzeiger, Bonn vom 22. 7. 1965.

Arbeiterklasse zu sabotieren⁵³. Die Kritik an der Bundesrepublik war zwar nicht ausschließlich auf Gewandt fixiert, jedoch war „der Dicke mit dem Geld“, wie er von Labarca und der Linkspresse titulierte wurde, der Fall mit der größten Öffentlichkeitswirksamkeit⁵⁴, auch weil Gewandts Auftreten nicht eben dem eines unauffälligen politischen Netzwerkers entsprach⁵⁵. Sein oberstes Ziel war es, die PDC zu einem Bollwerk gegen den Marxismus zu machen. Positionen des AA, die ihm in dieser Hinsicht nicht dienlich erschienen, kritisierte er vehement und versuchte hinter den Kulissen selbst Außenminister Gerhard Schröder zu beeinflussen⁵⁶. Im AA empfahl man verärgert größere Zurückhaltung. Ein brisanter *Spiegel*-Artikel vom März 1965⁵⁷ habe „inzwischen bei der gesamten Linkspresse Lateinamerikas Eingang gefunden und diene [...] als Beweis für deutsche Einmischung in innere lateinamerikanische Angelegenheiten. Der höchst unglückliche Artikel von Herrn Gewandt über seinen Freund Frei sei geeignet, diesen Eindruck weiter zu erhärten.“⁵⁸

Neben den Mitteln der politischen Stiftungen, die vom BMZ für langfristige Projekte der Stiftungsarbeit („Gesellschaftspolitische Erziehung in den Entwicklungsländern“) vergeben wurden, wurden zur Unterstützung der PDC unter dem Haushaltstitel „Maßnahmen zur Förderung des demokratischen Gedankens im Ausland“ zur Verfügung gestellte Gelder verwendet. 1963 und 1964 führte das IIS mit diesen Geldern ausschließlich Maßnahmen in Lateinamerika durch, wobei der größte Einzelposten in Höhe von 144.000 DM (von insgesamt 319.000 DM) 1964 für Chile verwandt wurde⁵⁹. Diese Beträge wurden jedoch deutlich übertroffen von den Summen, die verdeckt vergeben wurden: Eine IIS-Tochter, das Büro für Internationale Soziale Hilfe (BISH), unterstützte 1964 PDC-Projekte mit 4

⁵³ Vgl. Eduardo Labarca Goddard, Chile invadido. Reportaje a la intromisión extranjera, Santiago de Chile 1968, hier S. 86.

⁵⁴ Vgl. beispielsweise „Otra visita preelectoral del alemán de las platas. Afianan la trilogía iglesia – DC chilena – Bonn“, in: El Siglo vom 6. 2. 1965.

⁵⁵ Einem größeren chilenischen Publikum wurde Gewandt im Wahlkampf 1964 bekannt, als er auf einer Wahlkampfveranstaltung als vorletzter Redner direkt vor Frei sprechen durfte.

⁵⁶ Beim Besuch einer PDC-Delegation im AA, bei der diese das Regierungsprogramm erläuterte und Wünsche nach finanzieller Unterstützung äußerte, trat Gewandt quasi als Teil der chilenischen Seite auf. PA/AA, B 33 / 328, unpaginiert, Aufzeichnung „Gespräch einer Abordnung der Christlich-Demokratischen Partei Chiles mit Herrn Staatssekretär Lahr am 8. Oktober 1964“, S. 3f. Gewandt versuchte anlässlich des Staatsbesuchs Freis, das Abschlusskommuniqué um das Versprechen weiterer Kapitalhilfe zu erweitern, in: PA/AA, B 33 / 402, unpaginiert, Fernschreiben MdB Gewandt an Außenminister Gerhard Schröder, 21. 7. 1965.

⁵⁷ Vgl. „Chile. Entwicklungshilfe. Lieber Heini“, in: Der Spiegel vom 17. 3. 1965, S. 116–118.

⁵⁸ PA/AA, B 33 / 381, unpaginiert, VLR Dr. Röhrke, Vermerk über eine Unterhaltung mit einem Vertreter der KAS, Staatssekretär Thediek, „Tätigkeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Südamerika“, 20. 9. 1965. Darin wird der Leitartikel in der chilenischen Tageszeitung „La Nación“ erwähnt, in dem Gewandt von seinem „Freund Eduardo Frei“ sprach.

⁵⁹ Hinzu kamen weitere nicht länderspezifische Maßnahmen. PA/AA, B 33 / 381, unpaginiert, Memorandum „Maßnahmen zur Förderung des demokratischen Gedankens im Ausland durch das Institut für Internationale Solidarität“, 26. 8. 1964.

Mio. DM⁶⁰. Die Gelder hierzu stammten zum größeren Teil aus dem Haushalt des BMZ, zu einem kleineren aus dem AA. Es ist jedoch nicht bekannt, ob in den folgenden Jahren weitere Zahlungen des IIS oder des BISH an die PDC oder ihr nahestehende Organisationen gingen⁶¹. Wie der *Spiegel* berichtete, habe angeblich auch die katholische Kirche in der Bundesrepublik „mehrere Millionen Mark“ in Projekte belgischer Jesuiten kanalisiert, welche gesellschaftspolitische Maßnahmen der PDC maßgeblich konzipierten und unterstützten⁶².

Von großer Bedeutung war Gewandts Einsatz auch für die Kredite, die als Folge des Besuchs des Bundeswirtschaftsministers Kurt Schmücker (CDU) in Santiago de Chile (5. bis 8. Juni 1966) vergeben wurden, indem Gewandt Vertretern der chilenischen Regierung detaillierte Informationen darüber zukommen ließ, wie die Kredite am besten zu erlangen seien, und er gleichzeitig gegenüber Schmücker als Fürsprecher der PDC auftrat. Der Botschafter Chiles in der Bundesrepublik betonte, die Reise des Bundeswirtschaftsministers sei „maßgeblich durch den Abgeordneten Gewandt gefördert worden“, dessen Einfluss auch „entscheidend bei der Festlegung der Reiseroute des Ministers in Südamerika“ gewesen sei⁶³. Mit dem Gesamtpaket der Unterstützungsmaßnahmen wollten die deutschen Christdemokraten dem Internationalismus der Linken ein christdemokratisches Netzwerk gegenüberstellen. Dadurch sollten, so der IIS-Mitgründer Peter Molt, für die deutsche Politik „wichtige internationale Querverbindungen geschaffen werden, die die offizielle Außenpolitik aus der Natur der Sache heraus nicht vermitteln kann“, um so „die von uns unterstützten lateinamerikanischen Kräfte aus ihrer nationalen Isolierung“ herauszuführen und sie zur Abwehr marxistischer Strömungen zu befähigen⁶⁴.

Parteibeziehungen waren auch für die Beziehungen der DDR zum politischen Chile das Mittel der Wahl, wenn auch teils bedingt durch die diplomatische Machtlosigkeit des ostdeutschen Staates. Die SED pflegte intensive Beziehungen

⁶⁰ PA/AA, B 33 / 405, unpaginiert, „Volkserziehungsprogramm der Regierung Frei“, Botschaft Santiago de Chile, gez. von Nostitz an AA, 17. 12. 1964, dort die handschriftliche Notiz Meyer-Lohses.

⁶¹ Mutmaßungen über deren ungefähre Höhe können nur anhand des Etats des IIS angestellt werden, der von etwa 4,3 Mio. DM im Jahr 1964 auf 30 Mio. DM im Jahr 1971 stieg. PA/AA, B 33 / 381, unpaginiert. Vgl. zu 1964: „Tätigkeit gesellschaftspolitischer Institute in Lateinamerika“, AA, Abt. IB2, gez. Voigt an Botschaft Santiago de Chile, 15. 4. 1965.

⁶² Vgl. „Chile. Präsidentenwahl. Hilfe aus Bonn“, in: Der Spiegel vom 16. 9. 1964, S. 96. David Mutchler beschreibt die vermeintlich intensiven finanziellen Verbindungen zwischen den katholischen Hilfswerken Misereor und Adveniat zu jesuitischen Sozialprojekten in Chile, die wiederum eng mit antikommunistischen Zielsetzungen und der Förderung der Kandidatur Eduardo Freis zusammen hingen. Er liefert jedoch leider keine Quellenbelege. Vgl. David E. Mutchler, *The church as a political factor in Latin America. With particular reference to Colombia and Chile*, New York/London 1971, S. 256, S. 258 u. S. 260.

⁶³ So habe er „auf Bitten Gewandts“ ein an Schmücker zu richtendes Memorandum zu Fragen der Förderung der chilenischen Wirtschaft ausgearbeitet. ARREE, Embajada Alemania, 1966, Oficios Reservados, unpaginiert, Brief Botschafter Pérez de Arce, Chilenische Botschaft, Bonn an MRE, Santiago de Chile, Confidencial No. 193/25, 2. 5. 1966.

⁶⁴ PA/AA, B 33 / 381, unpaginiert, Memorandum „Maßnahmen zur Förderung des demokratischen Gedankens im Ausland durch das Institut für Internationale Solidarität“, 26. 8. 1964.

mit der moskautreuen PC und förderte sie. Nachdem bereits ein Delegationsbesuch bei Ulbricht einen hervorragenden Eindruck von der Linientreue der chilenischen Genossen hinterlassen hatte, war man im ZK hochofrend darüber, dass die PC trotz der starken politischen Zugkraft der kubanischen Revolution weiterhin auf einem moskautreuen Kurs blieb und öffentlich bekundete, dass sie auch die chinesischen Positionen strikt ablehne⁶⁵. Unter den Linksparteien wurde die PC zum wichtigsten Partner der SED. Zusammen mit der KPdSU und weiteren KPs der Ostblockstaaten gewährte sie der PC im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 1970 „angesichts der großen Bedeutung, die diese Wahlen für die weitere Entwicklung der revolutionären Bewegung in Chile und Lateinamerika“ ihrer Auffassung nach hatten, finanzielle Unterstützung⁶⁶. Auch aus dem „Internationalen Hilfsfond für Arbeiterorganisationen der Linken“, der vom ZK der KPdSU gesteuert wurde, flossen den chilenischen Kommunisten Gelder zu⁶⁷. 1966 beliefen sich die Subsidien auf 300.000, 1970 auf 400.000 und 1973 auf 645.000 US-Dollar⁶⁸. Ein wichtiges Kooperationsfeld zwischen den Parteien war auch die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Die PC unterrichtete die Ost-Berliner Genossen über die innenpolitische Entwicklung Chiles sowie die Möglichkeiten, den Einfluss der DDR dort zu vergrößern. Die SED revanchierte sich unter anderem durch umfangreiche Lieferungen von Druckereiausrüstungen, die ab 1962 in regelmäßigen Abständen, verbilligt und mit langen Zahlungsfristen an die PC geliefert wurden⁶⁹. 1965 wurde ein Korrespondent der Parteizeitung *El Siglo* nach Ost-Berlin und ein Mitarbeiter des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes nach Santiago entsandt⁷⁰. Die Standpunkte der DDR in innerdeutschen Fragen wiederholte die PC öffentlich und wortgetreu. Durch die reibungslose Zusammenarbeit wurden die Partebeziehungen zur zentralen Grundlage für die DDR-Führung und das Handeln aller ihrer Organe in Chile.

⁶⁵ Titel der Ausgabe der Parteizeitung *El Siglo* vom 9. 7. 1963: „Posiciones del PC de China están en pugna con el marxismo“ [„Positionen der KP Chinas stehen im Kampf mit dem Marxismus“].

⁶⁶ Eine Zahlung von 25.000 US-Dollar wurde geleistet, auf eine bereits gelieferte Druckereimaschine ein Nachlass von 30.000 Valutamark (VM) gewährt. Bundesarchiv (künftig: BArch), SAPMO, DY 30 / IV A 2/20 / 712, Protokoll einer Unterredung der Politbüro-Mitglieder Markowski und Honecker (3. 3. 1970), Beschluss des ZK vom 5. 6. 1970 sowie Vorlage für das Sekretariat des ZK, 21. 7. 1970.

⁶⁷ Einzahler dieses Fonds waren die KPs der meisten osteuropäischen Staaten (Jugoslawien, sowie ab 1973 Rumänien, zahlten nicht ein). Der Beitrag der SED betrug zu den drei verzeichneten Terminen je 200.000 US-Dollar (1966, 1970) beziehungsweise 350.000 US-Dollar (1973). Der so entstandene Betrag wurde insbesondere an kommunistische Parteien in aller Welt ausgezahlt. Vgl. Olga Ulianova/Eugenia Fediakova, Chile en los archivos de la URSS, in: Estudios Públicos, No. 72, Frühjahr 1998, S. 397–402.

⁶⁸ Ebenda.

⁶⁹ 1962 wurde die erste Druckmaschine geliefert, 1963 wurde eine Rotationsmaschine zum Buchdruck in Begleitung eines DDR-Technikers geschickt, 1966 eine weitere Druckmaschine. Diverse Dokumente in: BArch, SAPMO, DY 30 / IV A 2/20 / 711.

⁷⁰ Vgl. Karlheinz Möbus, Die DDR und Chile entdecken sich, in: Gotthold Schramm (Hrsg.), Flucht vor der Junta. Die DDR und der 11. September, Berlin 2005, S. 36.

Weitaus distanzierter war das Verhältnis zur PS und ihrem Spitzenkandidaten Salvador Allende. Die in den 1960er Jahren sprunghaft gewachsene Sozialistische Partei war hinter der PDC zu Chiles zweitgrößter Partei aufgestiegen, ideologisch jedoch schwer einzuordnen. Zwar wurde von vielen ihrer Politiker eine marxistische Diktion benutzt und der revolutionäre Kampf propagiert, jedoch war sie im Kern eine populistische und stark personalistische Partei, die einem eklektischen Sozialismus folgte. Linksnationalistische Diskurse und die verbale Annäherung an die Systeme in Kuba und der Volksrepublik China waren Merkmale der PS. Entgegen der nach 1973 einsetzenden öffentlichen Heroisierung war daher das Verhältnis der SED zu Allende und seiner Partei bestenfalls reserviert. Als das Politbüro-Mitglied Hermann Matern im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 1970 schrieb, Allende sei ein „zweispältiger Charakter“ und der „schlechteste Kandidat der Linken“, war dies keine Einzelmeinung, vielmehr hatte diese Haltung innerhalb der SED Tradition⁷¹. 1967 notierte man in der Abteilung Internationale Verbindungen, Allende trete „mit kubanischen Auffassungen hervor. Im Grunde genommen trägt die Haltung Allendes karrieristische Züge.“⁷² Seiner Partei warf man fehlende ideologische Stringenz und falsche Standpunkte vor. Nach der Niederschlagung des Prager Frühlings und der darauffolgenden scharfen Verurteilung der Invasion durch die PS häuften sich verheerende Beurteilungen; das Verhältnis befand sich auf einem Tiefpunkt.

Obwohl sich also wichtige Teile der politischen Beziehungen beider deutscher Staaten zu Chile abseits der Diplomatie abspielten, war auch diese nicht ohne Bedeutung, wenn auch zunächst weniger dynamisch. Die Regierung Alessandri war klar westorientiert: In VN-Gremien und Unterorganisationen votierte Chile stets im Sinne des Bonner Alleinvertretungsanspruchs. Zwischenstaatliche Kontakte zur DDR wurden abgelehnt⁷³. Dass diese für die Bundesregierung günstigen Zustände nicht ewig anhalten würden, wurde unter seinem Nachfolger Eduardo Frei deutlich: Ein zentraler Punkt dessen Programms war die außenpolitische Emanzipation Chiles außerhalb des „Fahrwasser[s] der USA“⁷⁴, die mit dem schnellen Aufbau diplomatischer Beziehungen zu den wichtigsten Staaten Osteuropas – mit Ausnahme der DDR – demonstriert wurde⁷⁵. Anlässlich des Staatsbesuchs Walter Ulbrichts in Ägypten 1965 vermerkte man im chilenischen Außenministerium, dass „es sich einmal mehr bewiesen habe, dass der Buchstabe und der

⁷¹ BArch, SAPMO, Bestand Politbüro, DY 30 / JIV/2 / 2J / 2803, unpaginiert, Bericht über die Teilnahme einer ZK-Delegation am XIV. Parteitag der PC, 23.-30. 11. 1969

⁷² BArch, SAPMO, Bestand ZK der SED, DY 30 / IV A 2/20 / 724, Schreiben der AIV vom 10. 11. 1967.

⁷³ ARREE, Alemania 1962, Ofcios confidentiales recibidos y enviados, unpaginiert, „Próxima visita del Ministro señor Scheel a Chile“, Botschaft Bonn, Geschäftsträger Higinio González an MRE, 7. 8. 1962, S. 2.

⁷⁴ BArch, DDR, DE 1 / VS II / 12056, Bl. 65–66, Konzeption für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Chile, Beschluß des Präsidiums des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, 8. 9. 1964.

⁷⁵ Schon am 24. 11. 1964 wurden Botschafter mit der UdSSR ausgetauscht, 1965 folgten Polen, die ČSSR, Ungarn, Bulgarien und Rumänien.

Geist der Hallstein-Doktrin aufgehört haben zur internationalen Realität zu passen, und dass ihre Überprüfung ein Imperativ ist, den die Bonner Regierung in naher Zukunft angehen muss⁷⁶. Es muss festgehalten werden, dass trotz der Sanktionen, die die genannte Doktrin auferlegen will, um die so genannte Deutsche Demokratische Republik total zu isolieren, viele Staaten – darunter Alliierte Bonns wie Frankreich und Großbritannien – mit Ostdeutschland aktiven Handel auf Basis von Verträgen betreiben oder mit diesem Land konsularische Vertretungen ausgetauscht haben.⁷⁷

Frei hatte zwar klargestellt, dass unter seiner Regierung nicht mit einer diplomatischen Anerkennung der DDR zu rechnen sei, jedoch erhöhte sich für den ostdeutschen Staat mit der christdemokratischen Regierung deutlich der Spielraum für Kontakte unterhalb der Regierungsebene. Auf dem Gebiet der Kultur, des Parlamentarier austauschs und der Wirtschaftsbeziehungen versuchte die SED-Führung in Chile einen „Fuß in die Tür“ zu bekommen. In Bonn blieb dies nicht unentdeckt. 1964 berichtete das bundesdeutsche Konsulat in Concepción von der „Überschwemmung des Südens mit SBZ-Propagandamaterial“. Der dortige Konsul beklagte außerdem, „dass die Tatsache der massiven [bundes]deutschen Hilfe für Chile der Masse der Bevölkerung praktisch unbekannt“ sei⁷⁸. Aus dieser und anderen Meldungen fügte sich im AA das Bild einer DDR-Kampagne zusammen, die Bonns Engagement zu entwerten drohe. Die Vorstellung einer möglichen Gewinnung der Deutschchilenen für die DDR – welche sich, so Botschafter von Nostitz, unklar darüber seien, „welche Haltung sie gegenüber dem Osten, insbesondere der Sowjetzone einnehmen sollen“⁷⁹ – gab den Vorgängen zusätzliche Brisanz. Für Aufregung sorgten kulturpolitische Maßnahmen, etwa die Pläne des Jahres 1962 für eine Ausstellung über die Bundesrepublik, deren als abwertend eingestufte Konzeption den Widerspruch der Bonner Vertretung auslöste⁸⁰, die im gleichen Jahr durchgeführte DDR-Anden-Feuerland-Expediti-

⁷⁶ Zu Ulbrichts Ägypten-Reise siehe Rainer A. Blasius, „Völkerfreundschaft“ am Nil: Ägypten und die DDR im Februar 1965. Stenographische Aufzeichnungen aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten über den Ulbricht-Besuch bei Nasser, in: VfZ 46 (1998), S. 747–805.

⁷⁷ ARREE, Consulado de Hamburgo, Alemania, 1965, Oficios Confidenciales, unpaginiert, Brief „Acusa recibo de informes sobre conflicto germánico-arabe“, MRE an chilenischen Geschäftsträger in Bonn, 31.5.1965.

⁷⁸ PA/AA, AV Neues Amt / 4000, unpaginiert, „Vertretungen der SBZ in Ländern ausserhalb des kommunistischen Bereichs und Kulturpolitischer Jahresbericht 1964“, Konsulat Concepción, gez. T. Ramelow an Botschaft Santiago de Chile, 21.12.1964; PA/AA, B 33 / 294, unpaginiert, Bericht „SBZ-Propaganda in Südchile“, Konsulat Concepción, gez. Ramelow an AA, 10.11.1964.

⁷⁹ PA/AA, B 33 / 400, unpaginiert, „Einstellungen der Deutschstämmigen in Chile zur deutschen Frage. Unsere Gegenmaßnahmen gegen verstärkte Aktivität der SBZ“, Botschafter von Nostitz an AA, 12.7.1965, S.2.

⁸⁰ ARREE, Alemania – Misión Residente, 1962, Notas, unpaginiert, Brief Deutsche Botschaft, gez. Wallich an MRE, Miguel Echeñique, 10.9.1962.

on, geplante Freundschaftsspiele der DDR-Fußballnationalmannschaft 1965⁸¹ sowie der Auftritt einer DDR-Equipe bei der Ski-WM 1966 in Portillo. Für das AA war es unannehmbar, dass die Flagge und Hymne der DDR gleichberechtigt neben die bundesdeutschen Staatssymbole gestellt werden könnten, was letztlich auch verhindert wurde⁸². Die Tatsache jedoch, dass sich Vertreter des linken PDC-Flügels im Sinne einer politisch-moralischen Äquivalenz der beiden deutschen Staaten äußerten, war für Bonn ein Alarmsignal⁸³.

Der neue Anlauf, den die DDR in Chile nahm, war – im Rahmen des zu Erwartenden – erfolgreich: Frei machte seine mündlich gegebene Ankündigung wahr, und am 1. Mai 1966 konnte die DDR ihre offizielle Handelsvertretung in Santiago eröffnen⁸⁴. Politisch waren von Frei jedoch keine weiteren Zugeständnisse zu erlangen, weshalb der Plan, die Kompetenzen der Handelsvertretung schrittweise auszuweiten, scheiterte⁸⁵. Der Leiter der Handelsvertretung fasste die Situation 1970 ernüchert zusammen. Auf den Vorschlag des Ministeriums für Außenwirtschaft (MAW), noch vor den Präsidentschaftswahlen eine Delegation nach Santiago zu schicken, antwortete er: „Der sowjetische Botschafter Alexejew gab zu bedenken, ob es richtig ist, eine solche Delegation gegenwärtig nach Chile zu holen. Linie der sowjetischen Genossen ist es, mit der gegenwärtigen Regierung nichts weiter zu unternehmen, da außer Ablehnungen und Geschwätz nichts herauskommt.“⁸⁶

Diese Worte spiegelten wider, dass sich während Freis Amtszeit dessen Bewertung durch die SED gewendet hatte: Hatte man das Programm Freis 1964 noch als „relativ fortschrittlich“⁸⁷ beurteilt, so gab man die außenpolitisch motivierte Zurückhaltung sukzessive auf. Mit einigem Wohlwollen wurde vermerkt, dass Freis Politik unter dem Druck der gesellschaftlichen Spaltung zu scheitern drohe, was

⁸¹ Die Absage des Spitzenvereins Colo-Colo führte das „Neue Deutschland“ auf Bestechung durch den bundesdeutschen Botschafter zurück. Vgl. „920 000 DM für Fußballskandal. Bonns Botschafter überreichte in Chile die Schecks“, in: Neues Deutschland vom 8. 1. 1965.

⁸² ARREE, Notas Verbales Alemania 1966, unpaginiert, Memorandum über die Frage der Flagge und Hymne der DDR bei der Ski-WM 1966 in Chile, Deutsche Botschaft an MRE, 13. 7. 1966, sowie ACDP, Bestand Heinrich Gewandt, Sign. 01–779, Faszikel 002/3, unpaginiert, Telegramm Raul Troncoso C., Ministro Secretario de Gobierno an MdB Heinrich Gewandt, [5. 7. 1966]

⁸³ Text und Randbemerkungen des Berichts „Chile und Beziehungen zum Ostblock“, Botschaft Santiago de Chile an AA, 26. 8. 1965, in: PA/AA, B 33 / 405.

⁸⁴ BArch, DDR, DL2 / 6261, Prognose der Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR mit Chile bis zum Jahre 1980, 1969 [ohne exaktes Datum, höchstwahrscheinlich August].

⁸⁵ Zum stufenweisen Vorgehen vgl. Werner Kilian, Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955–1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien, Berlin 2001, S. 34–39.

⁸⁶ BArch, SAPMO, DY 30 / IV A 2/20 / 712, Bl. 98–99, Brief Harry Spindlers an Friedel Trapen, 24. 6. 1970.

⁸⁷ PA/AA, MFAA C 3335, Bl. 53, „Konzeption für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und Chile“, 8. 9. 1964.

ihrem „bürgerlichen Reformismus“ geschuldet sei⁸⁸. Zweifellos hatten die sich wandelnden Einschätzungen der PC maßgeblichen Einfluss auf diese neue Beurteilung: Da die politische Polarisierung die Linke zu stärken schien, wurde auch die PC intransigent. Obwohl die SED der PS und ihrem Kandidaten weiterhin skeptisch gegenüber stand, entschloss man sich unter diesen Umständen, die *Unidad Popular* (UP) zu unterstützen⁸⁹.

Das Ende der großen Koalition in Bonn 1969 schreckte die PDC nur kurz auf. Zu ihrer Erleichterung stellte sich heraus, dass die sozialliberale Koalition Chile ähnlich freundschaftlich behandelte wie die Regierungen mit CDU-Beteiligung und insbesondere die Entwicklungshilfe in noch höherem Maße als bedeutsam für die außereuropäischen Beziehungen betrachtete⁹⁰. Weder Willy Brandt noch seine Partei machten sich zwar Illusionen darüber, dass die PDC inhaltlich und ideologisch links von der SPD stand⁹¹, jedoch entsprach sie auf dem Feld der internationalen Politik – in der die Linie der Parteispitze dominierte – weitgehend den Idealvorstellungen der Bundesregierung eines reformorientierten Dritte-Welt-Landes. Im AA war man sich darüber im Klaren, dass die Distanzierung Freis von den USA und seine Annäherung an die sozialistischen Staaten primär innenpolitischem Kalkül geschuldet war⁹². Frei und sein Außenminister Valdés äußerten sich erleichtert darüber, dass die sozialliberale Koalition die Überbetonung der deutschen Frage zugunsten „allgemeiner internationaler Probleme“ neu gewichtet habe⁹³. Aus den Veränderungen in Bonn erwachsen also für Frei keine Nachteile; der Besuch Außenministers Brandts in Santiago de Chile im Oktober 1968 verlief betont freundschaftlich⁹⁴. Brandts Wille, die Probleme der Dritten Welt an sich ernst zu nehmen und die Haltung gegenüber deren Staaten nicht primär von ihren Positionen im Blockkonflikt abhängig zu machen, stellte einen für die Bundesregierung neuen Akzent dar. Nach seiner Rückkehr notierte Brandt, er sei „beeindruckt [...] von dem großen Kapital an good will, welches wir Deutsche

⁸⁸ PA/AA, MfAA A16365, S.61, Information der 6. Außereuropäischen Abteilung des MfAA zum Ausgang der Parlamentswahlen in Chile.

⁸⁹ Spätestens nach einem intern scharf verurteilten Interview mit Tomić, in dem dieser die Frage nach Beziehung zur DDR offen ließ, wandte sich die SED von ihm ab. BArch, SAPMO, DY 30 / IV A 2/20 / 724, Bl. 183–185, Interview des PDC-Kandidaten Radomiro Tomić mit einem Journalisten des Deutschen Fernsehfunks am 22.6.1970.

⁹⁰ Brandt kannte Frei von dessen Besuch in West-Berlin 1965, wo Brandt zu dieser Zeit als Regierender Bürgermeister amtierte.

⁹¹ ARREE, Embajada Alemania, 1966, Oficios Reservados, unpaginiert, Brief Botschafter Pérez de Arce an MRE, Confidencial No. 283/39, 12.7.1966, S.2.

⁹² Lahn sprach von den „Ost-Staaten, zu denen Präsident Frei in gewissem Sinne demonstrativ gute Beziehungen pflegt, um sich die Stimmen der [...] Kommunisten für seine Reformpläne zu sichern.“ ACDP, Bestand Heinrich Gewandt, Sign. 01–779, Faszikel 002/1, unpaginiert, Staatssekretär Lahn, AA an MdB Gewandt, 30.12.1966.

⁹³ PA/AA, B 33 / 588, unpaginiert, Bericht „Erfahrungen und Eindrücke der Südamerikareise vom 17. bis 26.10.1968“, Außenminister Brandts vor dem Auswärtigen Ausschuss, 22.11.1968, S.1.

⁹⁴ Frei verband mit Brandt persönliche Sympathie, Bewunderung für die Ostpolitik und das Vorhaben erweiterter Nord-Süd-Beziehungen. Dies schlug sich in der Berufung Freis in Brandts 1977 gegründete Nord-Süd-Kommission nieder.

dort haben. Meine Reise hat mich davon überzeugt, dass wir unser Möglichstes tun sollten, dieses politische Kapital zu erhalten und zu vermehren.“⁹⁵ Er äußerte sich jedoch auch skeptisch hinsichtlich der Stabilität Chiles. Ebenso lapidar wie weitsichtig prognostizierte er: „Das geht alles noch mehr als einmal durch die Mühle. [...] In Chile müßten wir uns noch auf große Überraschungen gefaßt machen. Unter Bezugnahme auf sein Gespräch mit [dem PDC-Präsidentschaftskandidaten] Senator Tomić vertrat [Brandt] die Ansicht, daß mit der Möglichkeit einer Koalition zwischen den Christdemokraten und den Kommunisten zu rechnen sei.“⁹⁶

Allendes Chile und die beiden deutschen Staaten

Viel mehr jedoch als durch ein solches Bündnis sollte das Verhältnis zwischen Bonn und Santiago im September 1970 durch Allendes Sieg an den Wahlen erschüttert werden: Die UP gewann die Präsidentschaftswahlen knapp vor dem als Kandidat der Rechten angetretenen Ex-Präsidenten Alessandri, Tomićs Linkskurs wurde abgestraft⁹⁷. Die Wahl Allendes und seine Bestätigung im Kongress erzeugten bei seinen Gegnern Angst und Schrecken, denn nach Allendes Worten habe Chile nichts weniger als den Klassenkampf und „die revolutionäre Transformation“ seines „gegenwärtigen bourgeoisen Staates“ zu erwarten⁹⁸. Der KAS-Vertreter Dieter Nohlen vertrat etwas nüchterner die Auffassung, dass die UP angesichts ihrer knappen Mehrheit zwar keine „bedingungslose Durchsetzung marxistisch-leninistischer Prinzipien“ erreichen könne, jedoch mit Sicherheit eine „eminent antikapitalistische und antiimperialistische Politik“ betreiben werde⁹⁹.

Für die DDR eröffnete sich nun die Chance, inmitten der Verhandlungen des Grundlagenvertrags die diplomatische Anerkennung und somit einen wichtigen politischen Sieg zu erringen. Man erinnerte sich an Allendes 1969 gemachte und im Juni 1970 wiederholte Ankündigung, die DDR im Falle eines Wahlsiegs anerkennen zu wollen¹⁰⁰. Für die UP handelte es sich dabei jedoch um ein schwer kalkulierbares politisches Risiko: Die DDR war ein bis dahin faktisch weitgehend

⁹⁵ PA/AA, B 33 / 588, unpaginiert, Konzept für einen Brief Brandts an Gewandt, o.D. [Oktober 1968].

⁹⁶ Ebenda, unpaginiert, Vermerk „Lateinamerikareise des Herrn Bundesministers“, 22. 11. 1968.

⁹⁷ Der immer noch populäre Frei durfte nicht direkt wieder gewählt werden, und dem Kandidaten der PDC-Linken, Tomić, vertrauten die bürgerlichen Wähler nicht. 36,6% stimmten für die Unidad Popular, 34,9% für Jorge Alessandri und 27,8% für Tomić. Vgl. Cruz-Coke, *Historia electoral de Chile*, S. 112.

⁹⁸ Régis Debray, *Conversations with Allende. Socialism in Chile*, London 1971, S. 81 f.

⁹⁹ ACDP, Bestand CDU-Bundespartei, Sign. 07-001, Faszikel 11007, unpaginiert, Bericht „Volksfrontwahlsieg in Chile“, Dieter Nohlen an IIS, 7. 9. 1970, S. 8 u. S. 11.

¹⁰⁰ ARREE, *Embajada Alemania*, 1969, *Oficios Ordinarios*, unpaginiert, Dossier „Referencias a Chile en la prensa alemana“, Botschaft Pérez de Arce, Bonn an MRE, 23. 5. 1969, sowie BArch, SAPMO, DY 30 / IV A 2 / 20 / 712, unpaginiert, DFF-Interview mit Salvador Allende vom 15. 6. 1970.

unbedeutender Partner; auf der Ebene supranationaler Organisationen war der ostdeutsche Staat nicht vertreten. Die Bundesrepublik hingegen war nach den USA der zweitwichtigste Handelspartner und auch politisch einer der wichtigsten Staaten Westeuropas. Jedoch war für den chilenischen Präsidenten, die PC und Teile der chilenischen Linken die DDR ein Bezugspunkt von wachsender Bedeutung, was sich aus dem Interesse für vermeintlich gemäßigte Modelle des Sozialismus wie auch aus der chilenischen Germanophilie erklärte¹⁰¹. Diese komplexe Ausgangslage erlaubte eine Vorahnung auf das folgende monatelange Tauziehen zwischen Bonn, Ost-Berlin und Santiago in der Anerkennungsfrage. In Bonn war man zunächst pessimistisch: Am 9. Oktober, zwei Wochen vor dem Amtsantritt Allendes, berichtete Botschafter Horst Osterheld, dass es sehr fraglich sei, Allende zu einer Änderung seiner Haltung bewegen zu können. Weiter schrieb er: „Ganz aussichtslos ist unsere Lage aber nicht. [...] Vielleicht kann man ihn [Allende] zu einer Modifizierung bringen. [...] [Ein Erfolg] wäre für unsere Position in Chile wichtig, denn die DDR würde sonst unsere besten Entwicklungsprojekte, Schulen usw. wahrscheinlich einfach zu übernehmen suchen, die Stiftungen vertreiben und gegen die Botschaft eine Verleumdungskampagne führen.“¹⁰²

Bonn machte Santiago deutlich, dass die Hallstein-Doktrin nicht mehr vollumfänglich angewendet werden würde, man sich jedoch als Entgegenkommen die Verschiebung der Anerkennung, am besten jedoch eine nur schrittweise „mit den Fortschritten im innerdeutschen Dialog“ verknüpfte Aufwertung der DDR erhoffte. Weiter bat man darum, diplomatische Beziehungen erst „nach einem endgültigen Ergebnis dieses Dialogs“ einzugehen. In den Gesprächen mit dem chilenischen Präsidenten hob Osterheld – um den innerkoalitionären Druck auf Allende wissend – die Verständigung mit der Sowjetunion als wichtiges Ziel der Ostverträge hervor¹⁰³. Allende, der trotz seines populistischen Diskurses ein erfahrener Realpolitiker war, ging auf das Angebot ein und ließ indirekt über die französische Botschaft bei der Bundesregierung anfragen, wie lange ein Aufschub wahren solle¹⁰⁴. Da die Antwort hierauf vom schwer kalkulierbaren Fortgang der deutsch-deutschen Gespräche abhing, versuchte man im Bundeskanzleramt so viel Zeit wie möglich zu gewinnen. Emissäre wie der CDU-Parlamentarier Walter Leisler Kiep versuchten in Santiago eine „überstürzte“ Anerkennung der DDR zu verhindern¹⁰⁵.

Am 11. Dezember 1970 kam es in Bonn zu einem Treffen des von Allende entsandten Sonderbotschafters und VN-Diplomaten Hernán Santa Cruz mit Bundes-

¹⁰¹ Das Interesse der UP fanden unter anderem die sozialen Sicherungssysteme, das Schulwesen sowie das System der Blockparteien, welches durch die SED als „Mehrparteiensystem“ präsentiert wurde.

¹⁰² PA/AA, B 150 / 213, Bl. 7057f, Fernschreiben Osterheld an AA, 9. 10. 1970.

¹⁰³ PA/AA, B 150 / 215, Bl. 7653–55, Fernschreiben Osterheld an AA, 27. 10. 1970.

¹⁰⁴ PA/AA, B 150 / 216, Bl. 7879–81, Von AA an Botschaft Santiago weitergeleitetes Fernschreiben der Botschaft Paris, 2. 11. 1970.

¹⁰⁵ Durch Kieps Besuch sei in Chile „Sympathie für [die] Ostpolitik der Bundesregierung“ geschaffen worden, weshalb die Anerkennung zumindest auf Januar 1971 verschoben worden sei. PA/AA, B 150 / 218, Bl. 8809 f, Fernschreiben Osterheld an AA, 24. 11. 1970.

kanzler Brandt. Dabei legte Santa Cruz Brandt in groben Zügen das UP-Programm dar und versuchte diesem einen gemäßigt-sozialdemokratischen Anstrich zu geben. Brandt entgegnete, er sei gegen die Anerkennung der DDR vor Abschluss der deutsch-deutschen Verhandlungen, die westdeutsche Öffentlichkeit werde eine schnelle Anerkennung als „unfreundlichen Akt“ werten. Jedoch werde sich „die Welt nicht aufhören zu drehen“. Wenn Santiago dies auf Grund des „Drucks der eigenen Wählerbasis“ tun müsse, so könne es dabei ja auch schrittweise vorgehen¹⁰⁶. Jedoch war die Aufschub-Strategie nicht unbegrenzt fortsetzbar, obendrein waren deutliche Unterschiede im Engagement der Vertreter der Bundesregierung erkennbar, etwa als in den letzten Januartagen 1971 der Staatssekretär im BMZ, Karl-Heinz Sohn (SPD) Santiago de Chile besuchte. Gegenüber dem UP-freundlichen Sohn¹⁰⁷ ging Allende in die Offensive: Den Zeitpunkt der Anerkennung „könne man [...] nicht vom Fortgang der innerdeutschen Gespräche abhängig machen – zumal deren Ende nicht abzusehen sei – sondern nur vom chilenischen Interesse“¹⁰⁸. Die Unterredung endete damit, dass Allende betonte, er hätte die DDR „sofort anerkannt, wenn in Bonn die CDU regiert hätte, diesen Schritt habe man bisher aus Rücksicht auf die Bundesregierung und Bundeskanzler Brandt unterlassen. Seinerzeitige Unterstützung Wahlkampfes Frei durch die CDU [...] sei nicht vergessen.“¹⁰⁹

Diese Äußerung bestätigt die symbolische Bedeutung der DDR-Anerkennung. Trotz selbstbewusster Worte wie dieser war jedoch die Nervosität aller Beteiligten in diesem politischen Dreiecksverhältnis beträchtlich und steigerte sich zu aus heutiger Sicht kurios anmutenden Erwartungshaltungen, wie dies die Überlegungen zur Wahl des Anerkennungstermins illustrieren: In der bundesdeutschen Botschaft erwartete man diesen noch in der zweiten Märzhälfte, da die UP glaube, damit vor den Kommunalwahlen am 4. April 1971 „Gewinne erzielen zu können“¹¹⁰, eine Interpretation die natürlich auch die DDR nach außen vertrat. Eigentlich vermutete man in Ost-Berlin jedoch, dass die UP negative Konsequenzen für die Wahlen befürchte und deshalb verzögere. Innerhalb der UP wiederum begann ein Tauziehen zwischen den Befürwortern und dem Sowjetblock eher abgeneigten Kräften in der PS und der sozialdemokratischen *Partido Radical*. Ganz offensichtlich war man sich innerhalb der Koalition über die Konsequenzen

¹⁰⁶ „Minuta de una conversación entre el Canciller Federal y el Embajador Especial de Chile, señor Santa Cruz“, Bonn, 11. 12. 1970, in: ARREE, *Embajada Alemania, 1970, Oficios Reservados*; vgl. Joaquín Fernandois, *Del malestar al entusiasmo. La reacción de Bonn ante el gobierno de la Unidad Popular 1970–1973*, in: *Boletín de la Academia Chilena de la Historia*, Vol. 117 (2008), Nr. 1, S. 33–67, hier S. 46.

¹⁰⁷ Osterheld vermerkte, Sohn habe nicht nur die Beibehaltung der Entwicklungshilfe sondern sogar deren Ausweitung versprochen. Sohn nahm während seines Aufenthalts in Santiago auch am Parteitag der PS teil, der sich an die Verhandlungen anschloss. Vgl. Horst Osterheld, *Der Kampf um die Deutschlandpolitik in Chile 1970/71. Mein Rücktritt als Botschafter*, in: Ulrich Schlie (Hrsg.), *Horst Osterheld und seine Zeit (1919–1998)*, Wien 2006, S. 165.

¹⁰⁸ PA/AA, B 150 / 222, Bl. 852f., Fernschreiben Osterheld an AA, 29. 1. 1971.

¹⁰⁹ Ebenda.

¹¹⁰ PA/AA, B 150 / 223, Bl. 1292–94, Fernschreiben Osterheld an AA, 15. 2. 1971.

der Anerkennung unsicher¹¹¹. Letztlich setzte sich die Sichtweise durch, die Anerkennung erst kurz nach den Kommunalwahlen bekannt geben zu wollen. Bonns Zusicherung, auch bei Anerkennung vor dem Grundlagenvertrag keine Maßnahmen gegen Chile zu treffen, wurde von Allende mit der Zusage belohnt, in Lateinamerika die Anerkennung der DDR nicht explizit zu propagieren¹¹².

Die Reaktion Bonns auf die Bekanntgabe der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Chile und der DDR fiel demnach äußerlich frostig aus, ohne allerdings tief greifende Konsequenzen nach sich zu ziehen. Am Kabinetttisch schlug Außenminister Scheel vor, die Bundesrepublik müsse zwar „sichtbar reagieren“, um „andere Länder von der Anerkennung der DDR in der gegenwärtigen schwierigen Phase unserer Politik abzuhalten“ und um bei diesen „nicht das Gefühl aufkommen zu lassen, als sei ihre freundschaftliche Haltung uns gegenüber irrelevant“, jedoch solle es sich dabei um symbolische Maßnahmen handeln, Chile solle „nicht ‚bestraft‘ werden“ und die Bundesrepublik „in der Form keine unnötige Härte zeigen“¹¹³. Am Tag nach der Anerkennung flog Botschafter Osterheld nach Bonn¹¹⁴. In der Bundeshauptstadt versuchte er, Scheel zu den angedachten „sichtbaren Maßnahmen“ zu bewegen, jedoch war sowohl der Staatssekretär im Kanzleramt Egon Bahr als auch das BMZ der Auffassung, nicht nur keine weiteren Maßnahmen treffen zu müssen, sondern sogar die Zuwendungen für Chile maßvoll auszubauen¹¹⁵.

Im SED-Politbüro wertete man die Anerkennung als Sieg über eine „Brandt/Scheel-Doktrin der Diskriminierung und Nichtanerkennung der DDR“, die nun „vor aller Welt sichtbar – und zum ersten Mal durch ein Land des südamerikanischen Kontinents – eindeutig zurückgewiesen wird“¹¹⁶. In der DDR-Presse wurde „das erstmalige Erscheinen des schwarzrotgoldenen Standers mit Zirkel und Ährenkranz vor dem Regierungspalast eines der größten Länder des südamerikanischen Subkontinents“ gefeiert¹¹⁷. Mit den Regierungsbeziehungen begann eine Phase umfangreicher Kooperation. Bereits im April wurde im ZK als Ziel der Beziehungen die „enge politische Zusammenarbeit mit der Regierung der Unidad Popular“ definiert¹¹⁸. Diese Kooperation sollte primär darin bestehen, den „chilenischen Weg zum Sozialismus“ durch wirtschaftliche und technische Hilfen zu flankieren.

¹¹¹ PA/AA, B 150 / 226, Bl. 2300 f., Fernschreiben Osterheld an AA, 26. 3. 1971.

¹¹² Vgl. Karl Moersch, Kurs-Revision. Deutsche Politik nach Adenauer, Frankfurt a. M. 1978, S. 265.

¹¹³ PA/AA, B 150 / 228, Bl. 2808–10, Kabinettsvorlage „Anerkennung der DDR durch Chile“, gez. Gehlhoff, 16. 4. 1971.

¹¹⁴ Vgl. Osterheld, Kampf um die Deutschlandpolitik, in: Schlie (Hrsg.), Osterheld, S. 168.

¹¹⁵ Osterheld, der als Vertrauensmann Kiesingers nicht mehr über viel Rückhalt im AA verfügte, trat am 21. April zurück. Vgl. ebenda, S. 169 ff.; ähnlich Stephanie Salzmann, Horst Osterheld als Botschafter in Chile 1970/71, in: Schlie (Hrsg.), Osterheld, S. 151.

¹¹⁶ PA/AA, MFAA, C 3335, S. 18, Vorlage für das Politbüro vom 1. 4. 1971.

¹¹⁷ Max Kahane, Beseelt von freundschaftlichen Gefühlen. Verwirklichung eines Programms, in: Horizont (April 1971), Nr. 16, S. 14.

¹¹⁸ BArch, SAPMO, DY 30 / IV A 2/20 / 726, Mitteilung des MFAA vom 20. 4. 1971.

Die „Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit“ (WTZ) und Kredithilfen waren die Hauptinstrumente der DDR zur Stützung der UP. Im Sommer 1971 wurden erstmals 30 Experten durch das MAW nach Chile entsandt. Sie sollten einen „Beitrag zur Festigung der Staatsmacht der Unidad Popular“ leisten und bei der „Vermittlung von Erfahrungen der DDR bei der Gestaltung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und beim Aufbau des Sozialismus“ helfen¹¹⁹. Ähnliche Programme setzten auch Ungarn und die UdSSR auf¹²⁰. Zwischen der DDR und Chile wurden ein Handelsabkommen, ein Abkommen über WTZ sowie Vereinbarungen über Kooperation auf dem Gebiet des Kupferbergbaus, in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion getroffen¹²¹. Zusätzlich wurde im Dezember 1971 die Entsendung von zwei Experten „auf dem Gebiet der Volkswirtschaftsplanung“ beschlossen, was ein „persönlicher Wunsch Allendes“ sei¹²². Man kann davon ausgehen, dass sich insgesamt maximal 30 DDR-Experten gleichzeitig im Land befanden¹²³. Die Kreditvergabe wurde von der DDR im Gegensatz zur UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten nur zögerlich angewandt. Das Politbüro beschloss im Februar 1971, man solle gegenüber den Staaten Lateinamerikas generell „nicht von einer Erhöhung der Regierungskredite zur Erweiterung der ökonomischen Beziehungen“ ausgehen¹²⁴. Während sich also die DDR zurückhielt, erteilten andere Ostblockstaaten bis Ende 1971 Kredite in Höhe von insgesamt 182 Mio. US-Dollar für Chile¹²⁵. Die 1972 immer kritischere finanzielle Situation des Landes veranlasste die DDR jedoch, nun ebenfalls Kredite zu vergeben, auch da Exporte „nur über Kreditangebote möglich“ seien¹²⁶.

¹¹⁹ BArch, DDR, Bestand MAW, DL2/6261, „Direktive über die Regierungsverhandlungen zum Abschluß von Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und über den Handel mit der Republik Chile“, 12. 7. 1971.

¹²⁰ BArch, SAPMO, DY 30 / IV A 2/20 / 729, Aus einer mündlichen Information der Botschaft der Ungarischen VR in der DDR, 8. 6. 1971. Vgl. auch Isabel Turrent, *La Unión Soviética en América Latina. El caso de la Unidad Popular chilena, 1970–1973*, México D.F. 1984, S.125.

¹²¹ Eine gemischte Kommission überwachte die Fortschritte und erstattete Bericht. BArch, DDR, Bestand MAW, DL2 / 6262, Mehrere Vertragswerke zwischen der DDR und Chile, 27. 7. 1971.

¹²² BArch, DDR DL 2 / 6271, Bericht der Regierungsdelegation der DDR, 22. 12. 1971.

¹²³ Am 11. 9. 1973 waren 18 Experten in staatlichen Betrieben und der öffentlichen Verwaltung tätig, 27 chilenische Praktikanten befanden sich in der DDR. BArch, DDR, Bestand MAW, DL2 / 6294, Bl. 202–227, „Entscheidungsvorschläge auf dem Gebiet der Außenwirtschaftsbeziehungen mit der Republik Chile“, 2. 10. 1973. 1973 wurde von 25 DDR-Experten in Chile gesprochen; vgl. República de Chile (Hrsg.), *Memoria del Ministerio de Relaciones Exteriores, correspondiente al año 1973*, Santiago de Chile 1979, S.17.

¹²⁴ BArch, SAPMO, DY 30 / J IV 2/2 / 1324, S.47, Protokoll der Politbüro-Sitzung am 9. 2. 1971; zu Krediten vgl. BArch, DDR, Bestand MAW, DL2 / 6294, Bl. 202–227, „Entscheidungsvorschläge auf dem Gebiet der Außenwirtschaftsbeziehungen mit der Republik Chile“, 2. 10. 1973.

¹²⁵ Nur die DDR, Rumänien und Jugoslawien hatten sich bis dahin nicht beteiligt. BArch, DDR, Bestand MAW, DL2 / 6271, „Die Entwicklung der inneren und äusseren Finanzsituation Chiles“, Bericht der handelspolitischen Abteilung der Botschaft Santiago vom 3. 1. 1972. Es handelte sich dabei um langfristige Kredite zwischen 3 und 10 Jahren Laufzeit, die größtenteils projektgebunden waren.

¹²⁶ Damit wurde die ursprüngliche Konzeption, bis 1975 keine Kredite zu geben, verworfen.

Mit Stand vom 11. September 1973 waren von den insgesamt vergebenen 49 Mio. USD 28 Millionen abgerufen worden¹²⁷. Die Kredite hatten zur Folge, dass der bilaterale Handel deutlich gesteigert werden konnte¹²⁸.

Während Allende für seinen Kurs auf die ökonomische Unterstützung durch die sozialistischen Staaten vertraute¹²⁹, bestand auf Seiten der DDR die Befürchtung, von den chilenischen Behörden und der UP gegen den Westen ausgespielt zu werden. Daher forderte das MfAA die Botschaft auf, den „chilenischen Partnern klarzumachen, was die DDR kann und was sie nicht kann“¹³⁰. Die Zielsetzung Moskaus war es, Chile langfristig als von den Linkskräften dominierten Staat zu etablieren, um so die Dominanz der USA in Lateinamerika zu untergraben, jedoch keinesfalls ein massiv zu alimentierendes „zweites Kuba“ zu erzeugen. Diese pragmatische Zielvorstellung lag weit entfernt von den Illusionen Allendes und großer Teile der UP, die eine tief greifende Transformation des Staates mit Hilfe des „großen Bruders“¹³¹ Sowjetunion, die Eingliederung Chiles in den RGW und umfangreiche Subventionierungen erwarteten. Ebenso weit entfernt lag Moskaus Zielsetzung allerdings auch von westlichen Befürchtungen, die UdSSR verfolge konkrete militärstrategische Ziele.

Das Verhältnis der SED zur PS und Allende verbesserte sich mit Beginn der UP-Regierung, die 1971 einige Erfolge feiern konnte. Dass aber immer noch Vorbehalte gegenüber der PS bestanden, zeigte der Besuch von Außenminister Clodomiro Almeyda: „In den gesamten Darlegungen äußerte sich Minister Almeyda nicht zu Fragen der Beziehungen mit der DDR und auch nicht zu Problemen der BRD, Westberlin, der Brandt-Regierung, der sogenannten Ostpolitik usw., für die er in anderen Ländern wiederholt ein besonderes Interesse bekundet hatte [...]. In seinen Hinweisen über die Haltung ‚Westeuropas‘ im allgemeinen zeigten sich offenbar gewisse Illusionen bezüglich der Politik der Brandt-Regierung.“¹³²

¹²⁷ BArch, DDR, Bestand MAW, DL2 / 6294, Bl. 202–227, „Entscheidungsvorschläge auf dem Gebiet der Außenwirtschaftsbeziehungen mit der Republik Chile“, 2. 10. 1973.

¹²⁸ Im bis dahin erfolgreichsten Handelsjahr 1967 war ein Gesamtvolumen von 4,8 Mio. VM erzielt worden. Dieses Niveau wurde erst 1971 wieder erreicht (4,8 Mio. VM entsprechend ca. 0,01% des Gesamthandelsvolumens der DDR), 1972 erhöhte es sich auf 25 Mio. VM (0,05%), 1973 bis auf 101,2 Mio. VM (0,19%). BArch, DDR, DE2 / 21067, „Außenhandel der DDR nach Ländergruppen und Ländern“, in: Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch Außenhandel, Ausgabe 1976, o.O. [Berlin-Ost]. Angesichts dieser Zahlen bestehen Zweifel an Emmerlings hoher Gewichtung des Außenhandels für die Chile-Beziehungen. Vgl. Emmerling, DDR und Chile, S. 191 u. S. 482.

¹²⁹ Vgl. Joaquín Fernandois, Chile y el mundo 1970–1973. La política exterior del gobierno de la Unidad Popular y el sistema internacional, Santiago de Chile 1985, S. 356.

¹³⁰ PA/AA, MfAA, C3323, S.233, Stellvertretender Minister Stibi an Geschäftsträger Fries, 22. 7. 1971.

¹³¹ Diese von Allende für die UdSSR verwendete Formulierung irritierte wegen ihrer orwellischen Anklänge; vgl. Fernandois, Chile y el mundo, S. 356 u. S. 366. Die kurze Regierungszeit Allendes erschwerte eine genaue Evaluierung der Zielvorstellungen der Sowjetunion in Chile.

¹³² BArch, SAPMO, DY 30 / IV A 2/20 / 729, Bl. 10–16, Kurzinformation der AIV zum Treffen Almeyda-Winzer, 9. 6. 1971.

Ab Mitte 1972 geriet die ultrakeynesianische Politik Allendes zusehends in die Krise, innenpolitische Spannungen und gewalttätige Zusammenstöße nahmen ungebremst zu und zwischen den UP-Parteien taten sich tiefe Gräben auf. In einem Gespräch mit Hermann Axen im Juli 1972 resümierte der stellvertretende Generalsekretär der PC die „Kampfbedingungen in Chile [würden] mit jedem Tag komplizierter und schärfer“. Er betonte, dass sich durch die „teilweise ultralinke Politik [...] ein großer Teil der Mittelschichten und der Kleinbauern [...] von der Regierung [abwenden]“¹³³.

Die Bonner Erwartungen an die Regierung Allende waren ohnehin sehr begrenzt. Enteignungen bundesdeutscher Landbesitzer und Firmen verschlechterten das bilaterale Verhältnis. Der komplette Abbruch finanzieller Leistungen stand zwar nicht im Raum, jedoch wurde diskutiert, ob sie zukünftig beibehalten, ausgebaut oder reduziert werden sollten¹³⁴. In den Bundesministerien ergab sich hierzu ein uneinheitliches Meinungsbild. So wurden etwa die Hermesbürgschaften für Exporte nach Chile nach zunächst kompletter Streichung 1971 in Folge der Umschuldung 1972 auf Geschäfte bis 250.000 DM beschränkt¹³⁵. Vom BMZ weitergeführt wurden die laufenden Projekte der Entwicklungshilfe, drei neue Projekte der Kapitalhilfe in einem Volumen von knapp drei Millionen DM wurden 1971 und 1972 gebilligt und Bundesmittel für die kirchliche Entwicklungshilfe bereitgestellt¹³⁶. Allerdings wurden „fest eingeplante und informell in Aussicht gestellte Neuzusagen eingefroren“¹³⁷.

Wie war diese insgesamt gemäßigte Reaktion zu erklären? Zweifellos fand zwischen Bundeskanzleramt und BMZ eine Abwägung über deutlichere Sanktionen statt. Anhand der Quellen ist zu erkennen, dass das gewandelte Bild der Nord-Süd-Beziehungen der frühen 1970er Jahre, die sich abzeichnende Symbolhaftigkeit Chiles und die geringe strategische Bedeutung des Landes entscheidende Beiträge zur insgesamt permissiven Haltung der Bundesregierung waren. Die SPD-Linke hatte ein Interesse, die marxistische UP vor dem bundesdeutschen Publikum als reformorientiert und gemäßigt darzustellen, um so die Chile-Politik als kongruent mit den außenpolitischen Zielen der Bundesrepublik erscheinen zu

¹³³ Ebenda, DY 30 / J IV 2/2J / 4232, unpaginiert, AIV, „Information Nr. 90/72 für das Politbüro“, 31. 7. 1972.

¹³⁴ Die USA hatten zwar ihre Entwicklungshilfe gekürzt, bereits getätigte Kreditzusagen jedoch eingehalten; vgl. Rüdiger Marco Booz, „Hallsteinzeit“. Deutsche Außenpolitik 1955–1972, Bonn 1994, S. 148 ff.

¹³⁵ Wobei das BMWi mit dieser Maßnahme weniger auf die Anerkennung der DDR als auf die Devisenlage und die schlechten Investitionsbedingungen reagierte; AdsD, Bestand Hans Mathöfer, Nr. 052, unpaginiert, Brief MdB Harry Tallert an Hans Mathöfer, 15. 12. 1971; vgl. auch Carlos Barrenechea, Bundesrepublik und Chile. Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Republik Chile während der Regierungen Frei, Allende und Pinochet, Köln 1984, S. 141, S. 206 u. S. 216.

¹³⁶ Vgl. ebenda, S. 141 f., und AdsD, Bestand Hans Mathöfer, Nr. 0400, unpaginiert, „Entwicklungswichtige Vorhaben der Kirchen, die aus Bundesmitteln gefördert werden“ [vermutlich 1975].

¹³⁷ Bastian Hein, Die Westdeutschen und die Dritte Welt. Entwicklungspolitik und Entwicklungsdienste zwischen Reform und Revolte 1959–1974, München 2006, S. 191 u. S. 260.

lassen. Neben Staatssekretär Sohn und seinem Dienstherrn Erhard Eppler, Minister im erstarkten BMZ zwischen 1968 und 1974, traten Vertreter des DED und besonders der Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretär im BMZ, Hans Matthöfer, als Verteidiger der *Unidad Popular* in Erscheinung¹³⁸. Der neue Botschafter Lothar Lahn war der UP gegenüber zumindest offen eingestellt, weshalb sein Gegenpart Federico Klein sich von ihm einen ausgleichenden Einfluss auf das skeptische AA erhoffte¹³⁹. Trotz der offenkundigen ideologischen Diskrepanzen setzte sich somit an der Spitze der SPD eine neutrale bis leicht positive Haltung gegenüber der UP durch¹⁴⁰. Im AA war man Ende 1971 zu einem distanzierten *modus vivendi* gelangt, auch deshalb, weil nicht alle Befürchtungen, wie etwa jene einer Propagandaschlacht der DDR in Chile oder der Übernahme bundesdeutscher Einrichtungen, eingetroffen waren¹⁴¹. Dem chilenischen Botschafter gab das AA zur Auskunft, man gehe davon aus, dass die Beziehungen „korrekt und normal, jedoch nicht zwangsläufig freundschaftlich“ verlaufen würden¹⁴². Auch von chilenischer Seite war der ideologische Graben zwischen den Regierungen nur provisorisch aus Gründen der Nützlichkeit überbrückt worden¹⁴³.

Die letzten Monate der UP-Regierung ließen für beide deutsche Staaten die sinnvolle Gestaltung ihrer Beziehungen kaum noch zu, da sich die chaotische innenpolitische Situation immer weiter verschärfte und Allende vollauf beschäftigt war, diese zu kontrollieren. Die UP-Regierung hatte ihre Bitten um finanzielle Hilfe seit 1972 intensiviert. Der Dichter, Literaturnobelpreisträger und Kommunist Pablo Neruda beschrieb sein Land als ein „stilles Vietnam“¹⁴⁴, das dringend Hilfen in seinem Kampf gegen den westlichen Imperialismus benötige. Die wichtigsten

¹³⁸ Zur Aufwertung des BMZ ab Februar 1971 vgl. Erhard Eppler, *Wenig Zeit für die Dritte Welt*, Stuttgart u. a. 1971, S. 96 ff. Zum DED vgl. Hein, *Die Westdeutschen und die Dritte Welt*, S. 268 ff. Zu Matthöfers Begeisterung für Allende vgl. Fernandois, *Del malestar al entusiasmo*, S. 58, und Werner Abelschäuser, *Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer*, Bonn 2009.

¹³⁹ Vgl. Fernandois, *Del malestar al entusiasmo*, S. 52.

¹⁴⁰ An dieser Unterstützung waren *Zeitgeist* und *Linksruck* innerhalb der SPD abzulesen. Bei den Jungsozialisten und dem der Partei nahestehenden DGB steigerte sie sich bis hin zu einer noch wenige Jahre früher undenkbareren Solidarisierung.

¹⁴¹ Vgl. Lothar Lahn, *Chile unter Allende. Persönliche Eindrücke und Erfahrungen aus meiner Botschafterzeit*, in: Titus Heydenreich, *Chile. Geschichte, Wirtschaft und Kultur der Gegenwart*, Frankfurt a. M. 1990, S. 70, der die Haltung Brandts und Scheels gegenüber der UP als skeptisch, abwartend und kühl charakterisiert.

¹⁴² Die Bundesregierung müsse die Beziehungen so führen, dass das Verhalten der UP keine Vorbildfunktion entfalte. ARREE, *Embajada Alemania, 1971, Oficios Confidenciales*, unpaginiert, Bericht „Entrevista sostenida con secretario de Estado Paul Frank“, *Confidencial No. 173/22*, Botschafter Klein am MRE, 29. 4. 1971.

¹⁴³ Dem neuen Botschafter in Bonn wurde geraten, engen Kontakt zu Studentenorganisationen und den Jungsozialisten zu halten, sowie dem vermeintlich wachsenden Neonazismus nachzuspüren. ARREE, *Embajada Alemania, 1971, Oficios Confidenciales*, unpaginiert, „Instrucciones para el embajador de Chile en la República Federal de Alemania“, 17. 3. 1971.

¹⁴⁴ Aus einem Grußwort Nerudas zu den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten im Juli und August 1973 in Ost-Berlin, zit. nach *Lateinamerika – Kontinent im Aufbruch. Horizont-Gespräch mit Erich Mückenberger, Mitglied des Politbüros des ZK der SED*, in: *Horizont* (1973), Nr. 38, S. 3.

potentiellen Geber reagierten jedoch zurückhaltend. Im November 1972 besuchte PC-Generalsekretär Luis Corvalán die DDR, um bei Erich Honecker persönlich um weitere Unterstützung zu werben. Zwar versprach dieser, die Vorschläge zu prüfen¹⁴⁵, jedoch erfüllte sich weder der Wunsch nach einem Großkredit noch die Einführung des devisenneutralen Clearinghandels¹⁴⁶. Stattdessen half die DDR mit den so genannten Solidaritätslieferungen aus¹⁴⁷. Am 23. Oktober 1972 wurde eine erste Spende beschlossen¹⁴⁸, das Gros der Lieferungen erfolgte jedoch 1973. In einer Unterredung mit Corvalán bezeichnete Honecker die Funktion der Lieferungen als primär psychologisch, sie sollten „dazu beitragen [...] die Stimmung und das Feste [sic] Bewusstsein zugunsten der Unidad Popular unter den Menschen Chiles weiter zu festigen“¹⁴⁹. Am 25. Januar lief der Frachter „Ferdinand Freiligrath“ in den Hafen von Valparaíso ein, im Mai folgten weitere Spenden¹⁵⁰. Drei weitere Frachter mit insgesamt 8423 Tonnen „Solidaritätsgütern“ legten Ende August und Anfang September 1973 in chilenischen Häfen an¹⁵¹. Zur feierlichen Übergabe am 29. August kamen das Politbüro-Mitglied Erich Mückenberger und Botschafter Harry Spindler nach Valparaíso¹⁵². Letztlich hatten diese Maßnahmen jedoch keinen maßgeblichen Einfluss auf die Versorgungssituation. Angesichts der Tatsache, dass die UdSSR Chile 1973 – gemessen an ihrem finanziellen Engagement – schon weitgehend abgeschrieben hatte, kann nicht daran gezweifelt werden, dass auch Ost-Berlin um die verworrene Lage wusste. Die Solidaritätslieferungen waren dennoch keine Fehlinvestitionen: Die SED fand in der so genannten Solidaritätsbewegung zwar auch ein Instrument, um der UP-Regierung Hilfe zu leisten, vor allem aber war die staatlich gelenkte Chile-Solidarität

¹⁴⁵ BArch, SAPMO, DY 30 / IV 2/20 / 102, unpaginiert, Information für das Politbüro, 28. 11. 1972.

¹⁴⁶ Der enttäuschende Ausgang der Verhandlungen Allendes in Moskau (der Kredit über 20 Mio. USD blieb weit unter den Erwartungen) und Almeydas in Peking (es wurde lediglich ein zinsloser Kredit über 4,5 Millionen Rubel vergeben) sorgten für Frustration und Ernüchterung. Der ostdeutsche Kredit von fünf Millionen USD konnte das Gesamtbild nicht verbessern, er blieb weit hinter den erwarteten 35 Mio. USD zurück. BArch, DDR, DL 2 / 6289a, „Bericht über die Verhandlungen der Gemischten Kommission zum Handels- und WTZ-Abkommen DDR-Chile vom 29. 1. 1973–5. 2. 1973 in Santiago de Chile“.

¹⁴⁷ Anlass war die kritische Versorgungssituation, denn schon ab Mitte 1972 musste Chile wichtige Lebensmittel des täglichen Bedarfs importieren.

¹⁴⁸ Sie enthielt Konserven im Wert von 600.000 Mark. BArch, SAPMO, DY 30 / J IV 2/2J / 4365, Büro des Ministerrates, „Beschluss über eine Solidaritätsspende der DDR für die Republik Chile“, 23. 10. 1972.

¹⁴⁹ BArch, SAPMO, Büro Erich Honecker, DY 30 / 2432, S. 22, Protokoll einer Unterredung vom 27. 1. 1973.

¹⁵⁰ Vgl. Jürgen Schaich, Ein großer Tag in Valparaiso, in: Horizont (1973), Nr. 7, S. 10.

¹⁵¹ Bei der Ladung handelte es sich überwiegend um Lebensmittel sowie Medikamente. Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen (künftig: BStU), Zentralstelle, MfS HA XIX, Nr. 2781, B. 12f., „Hochseehandelschiffe der DDR in den Hoheitsgewässern der Republik Chile“, 11. 9. 1973. Insgesamt lieferte die DDR Spenden im Wert von 42 Mio. VM nach Chile. BArch, DDR, Bestand MAW, DL2 / 6294, Bl. 202–227, „Entscheidungsvorschläge auf dem Gebiet der Außenwirtschaftsbeziehungen mit der Republik Chile“, 2. 10. 1973.

¹⁵² Vgl. „Solidaritätssendungen der DDR an Chile übergeben“, in: Neues Deutschland vom 30. 8. 1973, S. 1.

eine öffentliche Geste von hohem propagandistischem Wert, die unabhängig vom Schicksal der UP sowohl der Außendarstellung nutzte als auch innenpolitisch wertvoll war, da die chilenische Revolutionsexotik auch kritische und politikferne Bevölkerungsteile der DDR erreichte. Für die UP konnten äußere Hilfen jedoch nichts mehr an der Lage ändern. Am 11. September 1973 putschten alle drei Waffengattungen und die Polizei gegen „die Regierung Allende, die Demokratie und die Herrschaft des Rechts“¹⁵³.

Pinochets Chile als Realität und „Glaubensartikel“

Wie schon die Spätphase der Regierung Allende, so stellte auch der Beginn der Pinochet-Diktatur für die DDR eine exzellente Möglichkeit dar, ihren Standpunkt auszudrücken und ihr Selbstbild demonstrativ in Szene zu setzen. So war die Aufnahme von etwa zweitausend chilenischen Sozialisten und Kommunisten neben solidarischer Verbundenheit zweifellos auch von taktischen Überlegungen motiviert¹⁵⁴. Im September 1973 konnte Ost-Berlin wenige Tage nach dem Eintritt in die Vereinten Nationen mit dem Abbruch der Beziehungen zu Santiago Entschlossenheit und die neu gewonnene Souveränität demonstrieren. Dass es sich dabei nicht um einen vollständigen Boykott handelte, illustriert die Fortführung der Handelsbeziehungen. So wurde dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) im Oktober 1973 lapidar mitgeteilt: „Nach dem Militärputsch in Chile wurde seitens der Regierung der DDR beschlossen, den Außenhandel [...] mit Chile weiterzuführen. Maßgeblich für die Entscheidung [...] war die Tatsache, dass die DDR mit mehreren ähnlich gelagerten Staaten Handelsbeziehungen unterhält; Chile für die Importversorgung der DDR mit wichtigen Rohstoffen eine besondere Rolle spielt [...]. Die Regierung der DDR hat entschieden, daß 8 Mitarbeiter des Ministeriums für Außenwirtschaft [...] als ständige Vertretung in Chile verbleiben...“¹⁵⁵

Pikanterweise erreichte der Handel zwischen der DDR und Chile seine höchsten Volumina in den Jahren 1973, 1974 und 1975¹⁵⁶. Da die Handelsbeziehungen, deren oberste Maxime es war, keine Devisenverluste zu erleiden¹⁵⁷, dem öffentlich gemachten Anspruch schärfster Gegnerschaft zur Pinochet-Diktatur diametral

¹⁵³ Alan Angell, *Chile de Alessandri a Pinochet. En busca de la utopía*, Santiago de Chile 1993, S. 85.

¹⁵⁴ Die DDR war Hauptaufnahmeland für chilenische Polit-Exilanten im Ostblock. Plausibel erscheint in diesem Zusammenhang die von dem damaligen PC-Mitglied und Autor José Rodríguez Elizondo vertretene These, man habe die relativ hoch entwickelte DDR deshalb gewählt, um den Exilanten ein möglichst positives Bild des real existierenden Sozialismus zu vermitteln. Zur selektiven Auswahl der Flüchtlinge vgl. Jost Maurin, *Die DDR als Asyl-land. Flüchtlinge aus Chile 1973–1989*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51 (2003), S. 814–831.

¹⁵⁵ BStU, Zentralarchiv, MfS HA XVIII, Nr.7477, Bl. 2, „Handel der DDR mit Chile“, 25. 10. 1973.

¹⁵⁶ Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik: *Statistisches Jahrbuch Außenhandel*, Ausgaben 1962, 1963, 1964, 1967, 1968, 1970, 1975, 1976 u. 1978. BArch, Bestand DDR, Sign. DE2 / 22370, 31240, 21067 u. 30329.

¹⁵⁷ BStU, Zentralarchiv, MfS HA XVIII, Nr.7477, Bl. 4, „Handel der DDR mit Chile“, 25. 10. 1973.

widersprachen, wurde großer Wert auf deren Geheimhaltung gelegt. Erst der Druck der internationalen Berichterstattung ab Ende 1974 sorgte dafür, dass der Handel zeitweilig reduziert wurde¹⁵⁸. Eine Handelsvertretung der DDR blieb bestehen, wobei sich deren Personal auch in der Nachrichtenübermittlung zwischen den Linksparteien im Untergrund und den im Ostblock exilierten Parteispitzen betätigte¹⁵⁹.

In Ost-Berlin stellte man sich 1974 bald auf den langfristigen Verbleib der chilenischen Emigranten ein und schuf dazu politische und Verwaltungsstrukturen. Das „Büro Antifaschistisches Chile“ (*Chile Antifascista*) wurde als Anlaufstelle für die Emigranten in allen Fragen der „Eingliederung und Betreuung“ geschaffen, es diente gleichzeitig der politischen Beurteilung der Emigranten durch linientreue Chilenen und Agenten des MfS¹⁶⁰. Auch das Auslandssekretariat der PS und das Exekutivbüro der UP im Ausland hatten ihren Sitz in Ost-Berlin, weshalb die Spitzen des chilenischen Exils regelmäßige Gäste an der Spree waren¹⁶¹. Mit ihnen besprach die SED-Führung nicht nur Fragen der Bekämpfung der Junta – die Möglichkeiten dazu waren angesichts der Stabilität des Pinochet-Regimes begrenzt. Thema intensiver Diskussionen waren insbesondere die Brüche, die innerhalb der PS nach dem Fehlschlag des „chilenischen Wegs zum Sozialismus“ entstanden, wobei die SED die Situation zur Beeinflussung des zukünftigen Kurses der Sozialisten zu nutzen suchte. Sie stellte sich hinter den marxistisch-leninistischen Flügel um den ehemaligen Außenminister Almeyda, indem sie ihn gegen seinen Konkurrenten Carlos Altamirano verteidigte, Almeyda die Inhalte vertraulicher Gespräche Honeckers mit Altamirano zukommen ließ und ab 1977 nur noch den Almeyda-Flügel finanziell unterstützte¹⁶².

Auswirkungen hatten die Diskussionen zwischen Honecker und den Parteispitzen der UP auch für die Strategie des Ostblocks gegenüber der Dritten Welt: Mittelfristig bewirkten die Ereignisse in Chile ein Umdenken in der Frage revolutionärer Gewalt, was sich entscheidend auf die spätere Unterstützung militanter Gruppen auswirken sollte¹⁶³. In Gesprächen mit exilierten Spitzenpolitikern

¹⁵⁸ Laut Emmerling, DDR und Chile, S.299, wurden in den 1980er Jahren durch die „Kommerzielle Koordinierung“ der DDR erneut umfangreiche Kupferexporte aus Chile durchgeführt.

¹⁵⁹ Wie noch genauer auszuwertende Akten der BStU belegen, wurden wenigstens zwischen 1975 und 1980 durch den MfS und andere Dienste des Ostblocks in Chile solche Verbindungen aufrechterhalten.

¹⁶⁰ BStU, MfS HA II / 19, Nr. 14298, Bl. 199, und Maurin, Die DDR als Asylland, S. 829 f.

¹⁶¹ BStU, Zentralstelle, MfS HA II, Nr. 28986, Bl. 7, „Haupt Gesichtspunkte für die politische-operative Arbeit auf dem Gebiet des Schutzes, der Sicherung und der abwehrmäßigen Bearbeitung der chilenischen politischen Emigration“, 15. 4. 1977.

¹⁶² Dufner, Chile, S.93. Die Spannungen innerhalb der PS führten im April 1979 zur Spaltung der Partei und zum Ausschluss Altamiranos.

¹⁶³ Es ist anzunehmen, dass Moskau entscheidend an diesen Diskussionen beteiligt war, was jedoch anhand der DDR-Quellen noch nicht vollends geklärt werden kann. Die Entwicklung des Ostblocks hin zur Förderung des bewaffneten Kampfs fand ihre praktische Umsetzung und ihren Höhepunkt in den mittelamerikanischen Konflikten der 1980er Jahre. Vgl. Brands, *Latin America's Cold War*, S. 181 ff.

räumte Honecker ein, dass „bestimmte Einsichten und Maßnahmen zur bewaffneten Abwehr der Konterrevolution zu spät“¹⁶⁴ gekommen seien. Mit Chile seien „wertvolle Lehren für die Bewegungen auch in den anderen kapitalistischen Ländern verbunden. [...] Die Notwendigkeit der Gewalt der Bourgeoisie zu begegnen, stellt der revolutionären Bewegung die Aufgabe, sowohl einen friedlichen als auch einen nichtfriedlichen Weg zum Sozialismus ins Auge zu fassen.“¹⁶⁵

Militärische Aktionen wurden in Folge des 11. Septembers 1973 als eine „spezifische Kampfform in der gegenwärtigen Etappe des nationalen Befreiungskampfes“¹⁶⁶ in Betracht gezogen. Bald richteten Exilchilenen Bitten an die SED, an der Ausbildung von Kämpfern mitzuwirken, diese scheint zunächst aber schwerpunktmäßig in Kuba und der UdSSR geleistet worden zu sein¹⁶⁷. Bereits kurz nach dem Putsch wurde in der DDR die ideologische und militärtheoretische Ausbildung chilenischer Sozialisten und Kommunisten durchgeführt¹⁶⁸. Obwohl die Quellenlage sehr schlecht ist¹⁶⁹, existiert jedoch zumindest für 1989 noch ein Nachweis für die militärische Ausbildung chilenischer Kämpfer in der DDR¹⁷⁰.

In der Bundesrepublik erzeugte der Putsch ein großes Echo, sowohl in den Medien, in der Solidaritätsbewegung und bis in die höchsten Ebenen der Politik. Chile wurde in kürzester Zeit von einem Thema eines relativ begrenzten Kreises von Spezialisten in Politik, Wirtschaft, und Entwicklungsfragen würden zu einem Subjekt breiten öffentlichen Interesses, aber auch zu einer instrumentalisierten

¹⁶⁴ BArch, SAPMO, Büro Erich Honecker, DY 30 / 2432, S.112, Einschätzung der AIV „zur Lage in Chile“, 28. 11. 1973.

¹⁶⁵ Ebenda.

¹⁶⁶ Wolfgang Baatz, Zur Rolle militärischer Gewalt bei Sicherung der Erfolge der nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika und Asien, in: Afrika, Asien, Lateinamerika, 2/1976, S. 209–222, hier S. 210.

¹⁶⁷ Chilenische Kommunisten teilten der SED im Oktober 1973 mit, dass der Wunsch bestehe, einige „vertrauenswürdig[e] Genossen [...] in der nächsten Zeit mit Unterstützung der entsprechenden Stellen der sozialistischen Länder militärisch“ auszubilden. BArch, SAPMO, DY 30 / JIV/2 /2J / 4947, Information Nr. 64/73 für das Politbüro, 12. 10. 1973. Im November kamen das ZK-Mitglied Markowski und der stellvertretende Abteilungsleiter im ZK der KPdSU, Kuskow, überein, man solle eine „reale Massenbasis für Aktionen im Lande selbst schaffen, auf deren Grundlage die Bildung von Kampfabteilungen möglich ist.“ BArch SAPMO, Büro Erich Honecker, DY 30 / 2432, Bl. 62, „Bericht über Konsultation mit der KPdSU zur Gegenwärtigen Lage in Chile“, AIV, 21. 11. 1973.

¹⁶⁸ Diese fanden in der „Sonderschule beim ZK der SED“ im brandenburgischen Kleinmachnow statt.

¹⁶⁹ Laut Auskunft der BStU wurden die Unterlagen der für die so genannte „Spezialausbildung“ zuständigen Abteilung XXII des MfS 1989 weitgehend vernichtet.

¹⁷⁰ Ein Dokument der HA XXII vom 4. 8. 1989 erwähnt einen „Lehrgang zur Ausbildung von Führungskadern der SP Chile für den illegalen bewaffneten Kampf“ mit 14 Teilnehmern von März bis Juni 1989, in: BStU, MfS – HA XXII, Nr. 5541/9, Anlage 7, „Stellvertreter des Leiters für militärisch-operative Terrorabwehr“, „Einschätzung [...] zur Erfüllung der Plan- und Kampfaufgaben“. Am 7. 9. 1986 fand in Chile das bis dahin professionellste Attentat gegen Pinochet statt, dem der Diktator nur knapp entkam. Ob dabei auch in der DDR geschulte Kräfte zum Einsatz kamen, ist jedoch unklar.

Projektionsfläche politischer Konflikte¹⁷¹. In den ersten Tagen nach dem Putsch dominierten in den deutschen Parteien noch Äußerungen, die zwar den Tod Allendes bedauerten, jedoch zugleich Erleichterung über das Ende einer als unfähig bis gefährlich begriffenen Regierung und Verständnis für ihre Absetzung äußerten¹⁷². Dieser Linie schlossen sich nicht nur konservative Medien und Unionspolitiker sondern auch Vertreter der FDP und des rechten Flügels der SPD an¹⁷³. Dahinter stand auch die Annahme, es in Chile mit einer kurzzeitigen und apolitischen Militärherrschaft zu tun zu haben.

Als prägnantes Beispiel für den schlagartigen Wandel Chiles vom Spezialisten zum Massenthema, die moralische Empörung wie auch dessen Instrumentalisierung in und für die Bundespolitik kann die Reaktion auf den Besuch Bruno Hecks in Santiago gelten. Im Oktober 1973 besuchte der CDU-Generalsekretär und Leiter der KAS das Land. Nach politischen Gesprächen und einem Besuch im Nationalstadion äußerte er sich zur Lage der dort eingesperrten Gefangenen: Die Verpflegung sei „eintönig“, die Unterbringung „ausgesprochen schlecht“, jedoch würden die Insassen „ordentlich behandelt“, Vergleiche mit „KZ-Verhältnissen in Hitler-Deutschland“ seien daher unangemessen. Bei kaltem Wetter sei das Leben im Stadion „unerträglich und scheußlich“, bei „sonnigem Wetter“ jedoch „recht angenehm“¹⁷⁴. Diese letzte Anmerkung verfehlte ihre Wirkung nicht und eine Welle der Empörung ergoss sich über Heck. Konnte man Heck für seinen illusionären Glauben an die Rechtstreue der Junta und sein Wohlwollen für das

¹⁷¹ Dies illustrieren auch die sektiererischen Auseinandersetzungen zwischen den prominent beteiligten K-Gruppen. Vgl. Ein Roundtable-Gespräch mit Dieter Boris, Klaus Meschkat und Urs Müller-Plantenberg, in: Peter Imbusch/Dirk Messner/Detlef Nolte (Hrsg.), *Chile heute. Politik. Wissenschaft. Kultur*, Frankfurt a. M. 2004, S. 837–857.

¹⁷² SPD und CDU stützten sich dabei auf die Urteile der Vertreter „ihrer“ Stiftungen vor Ort. Die ökonomische, soziale und innenpolitische Krise Chiles vor dem Putsch war derart eskaliert, dass dem Militär die Macht tatsächlich fast „in die Arme fiel“ und breite Bevölkerungsschichten dies anfänglich guthießen. Vgl. Carlos Huneeus, *El Régimen de Pinochet*, Santiago de Chile 2002, S. 79–87.

¹⁷³ Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte durch ihren Vorsitzenden Karl Carstens, der Tod Allendes sei ein „tragisches Symbol“ für die Unvereinbarkeit von Sozialismus und Demokratie. Bundeskanzler Brandt bekundete sein Mitgefühl angesichts der Vorgänge in Chile und äußerte, er hoffe auf eine baldige Rückkehr zur Demokratie. ARREE, Embajada RFA, 1973, Oficios Ordinarios, Recibidos, unpaginiert, Bericht „El golpe de estado en Chile en los medios políticos y de comunicaciones de la RFA“, Geschäftsträger Pablo Valdés an MRE, 21. 9. 1973. Kritik an der positiven Bewertung der Regierung Allende in Teilen der SPD äußerte unter anderem SPD-MdB Friedrich Beermann. Er verwies auf das Votum des chilenischen Parlaments gegen Allende vom August 1973. AdsD, Bestand Bruno Friedrich, 1/BF AA001189, unpaginiert, Beermann an MdB Bruno Friedrich, 24. 9. 1974, Anlage 5. Der Propst der evangelischen Kirche in Chile und spätere Diktaturgegner Frenz (1933–2011) äußerte sich zunächst ebenfalls positiv über den Putsch. Evangelisches Zentralarchiv Berlin, Bestand EKD, Sign. EZA 2/17611, Bericht Helmut Frenz vom 15. September. Später meinte Frenz bedauernd, die Angst vor dem Bürgerkrieg habe ihn zu seiner „äußerst reaktionären“ Meinungsäußerung bewegt. Interview des Autors mit Helmut Frenz, Santiago de Chile, 27. 5. 2009.

¹⁷⁴ ACDP, Bestand Bruno Heck, Sign. 01-022, Faszikel 025/2, unpaginiert, DPA-Meldung [138/133], „Heck [...]: Gespräche mit Stadion-Häftlingen“, 17. 10. 1973.

Vorgehen der Militärs kritisieren, so war doch der Vorwurf, er habe die Menschenrechtsverletzungen pauschal gutheißen wollen, schwerlich haltbar. Auf beiden Seiten wurden in der polarisierten Diskussion jedoch sachliche Argumente über den Hergang des Putsches kaum noch gehört, stattdessen Chile zum Sinnbild erhoben: Vertreter der SPD-Linken argumentierten, die Bundeswehr berge in sich ein ähnliches Putschpotential¹⁷⁵. Die Juso-Vorsitzende Heidemarie Wieczorek-Zeul zog Parallelen zur Bundesrepublik, wo angeblich zur Verhinderung „sozialistischer Veränderungen“ der „Einsatz von Bundeswehr gegen Arbeiter [...] bereits geprobt“ werde¹⁷⁶. Gemessen an den Äußerungen aus dem Spektrum der Chile-Solidaritätsbewegung und insbesondere der beteiligten K-Gruppen waren dies noch moderate Töne. Aus Sicht der Junta beobachtete zu Beginn des Jahres 1974 die Kulturattachée und spätere Botschafterin in Bonn, Lucía Gevert, vorausschauend folgende Situation: „Das negative Bild, das die Presse [...] in den ersten Tagen des Septembers [1973] in der öffentlichen Meinung erzeugt hat, wird sehr schwierig zu tilgen sein. Der Eindruck war machtvoll und jetzt hat sich bei dem Thema eine Art von Erschöpfung ergeben [...]. Unter diesen Umständen wird es schwierig sein, das negative Chile-Bild zu löschen, denn das Interesse für das was dort passiert, hat nachgelassen.“¹⁷⁷

Erwähnt werden sollte, dass in der bundesdeutschen Diskussion auch die DDR eine gewisse Rolle spielte. Aus Sicht der SED ergab sich die günstige Situation, dass die in der DDR staatstragende Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik eine staatskritische Bewegung war, weshalb man sie nach Kräften förderte¹⁷⁸. Ein Beispiel hierfür waren die „Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile“ 1976, die maßgeblich durch die SED organisiert und finanziert wurden, um – mit dem Starjuristen Friedrich Karl Kaul und anderen DDR-Experten bestückt – den ‚faschistischen‘ Charakter der chilenischen Diktatur sowie die vermeintliche Komplizenschaft und Wesensverwandtschaft der Bundesrepublik nachzuweisen¹⁷⁹. Auch wirkte die gegen die Junta gerichtete Kampa-

¹⁷⁵ Vgl. Jakob Moneta/Erwin Horn/Karl-Heinz Hansen (Hrsg.), *Bundeswehr in der Demokratie – Macht ohne Kontrolle?*, Frankfurt a. M./Köln 1974; Lutz Mez, *Schlußfolgerungen aus dem Putsch in Chile für westdeutsche Verbände und Parteien*, in: *Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung*, Bd. V (1976), S. 116–126.

¹⁷⁶ AdSD, Bestand Hans-Jürgen Wischniewski, Sign. 600, unpaginiert, Heidemarie Wieczorek-Zeul, ...Chile steht nicht allein, in: *Der Sozialdemokrat. Mitteilungen der Jungsozialisten*, Aufzeichnung einer Rede in Frankfurt a. M. am 15.9.1973.

¹⁷⁷ ARREE, *Embajada RFA, 1974, Oficinas Confidenciales.*, unpaginiert, Bericht „Respuesta resutalex 231“, Geschäftsträger Valdés an MRE, 4.1.1974.

¹⁷⁸ Vgl. insbesondere Hans-Werner Bartsch (Hrsg.), *Chile. Ein Schwarzbuch*, Köln 1974, welches verdeckt subventioniert und mit Bildmaterial unterstützt worden war. Weiter wurde die SED-spezifische Chile-Darstellung intensiv über die MIS-finanzierte Zeitschrift „Konkret“, den Berliner „Extra-Dienst“ und die ebenfalls in West-Berlin erscheinende Schrift „Chile combatiente“ in den Westen transportiert. Vgl. ARREE, *Embajada Alemania, 1975, Oficinas y Aerogramas Ordinarios*, unpaginiert, Brief „Envío de ‚Chile combatiente‘“, Botschafter Irrarázaval an MRE, 26.3.1975.

¹⁷⁹ Vgl. BArch, SAPMO, DY 30 / IV B 2/20 / 439, Bd. 4, S.14–17. Dokument des ZK, „Faktenmaterial zur Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk in der DDR“ [ohne Datum, 1976].

gne der Ostblockstaaten in den Vereinten Nationen gegen Bonn¹⁸⁰. Die Bundesrepublik sah sich hier dem Dilemma ausgesetzt, die Menschenrechte in Chile einerseits nicht den sozialistischen Staaten zu überlassen, andererseits sich jedoch auch nicht vor deren Karren spannen zu lassen.

Auch konservativ gewendet konnte Chile als politischer „Glaubensartikel“¹⁸¹ gebraucht werden, etwa durch und rund um den Chile-Besuch Franz Josef Strauß' 1977, der den designierten bayerischen Ministerpräsidenten auch zu Augusto Pinochet führte¹⁸². Die kalkulierte und mehrheitlich negative Reaktion auf Strauß' Reise, so der CSU-Vorstand, „beweise eine für die deutsche Politik lebensgefährliche Blindheit auf dem linken Auge“¹⁸³. Die Reise schärfte Strauß' Profil nicht nur in der Bundespolitik sondern auch gegenüber seinem Konkurrenten Helmut Kohl. All diese Beispiele illustrieren den dichotomischen und verhärteten Charakter der Diskussionen über Chile, der den Blick für echte Handlungsspielräume verdeckte und das Thema zu einer Projektionsfläche für unzählige Profilierungen und sachfremde Instrumentalisierungen werden ließ.

Über diese verzerrte Wahrnehmung sollte die tatsächlichen Dimension der Beziehungen nach 1973 nicht vergessen werden, etwa dass in der Bundesrepublik um die 4000 Chilenen Aufnahme fanden¹⁸⁴. Wie ehemalige chilenische Oppositionspolitiker betonen, spielte während der Diktatur die Unterstützung durch die bundesdeutschen politischen Stiftungen eine sehr bedeutsame Rolle für den Erhalt und die programmatische Erneuerung ihrer Parteien¹⁸⁵. Die zwischenstaatlichen Beziehungen jedoch verödeten: Das öffentliche Bild der Pinochet-Diktatur als Pariah der Weltgemeinschaft verfestigte sich in der Weise, wie Gevert dies prognostiziert hatte, und führte dazu, dass die Bundesregierung sich für jegliche Kontakte rechtfertigen musste. Nachdem die sozialliberalen Koalitionsparteien den anfangs diskutierten Abbruch der diplomatischen Beziehungen verworfen hatten, konzentrierte sich die Diskussion auf Fragen der Umschuldung, der Kreditvergabe und der Entwicklungshilfe. Eppler und Matthöfer vertraten die Position, sämtliche Finanzbeziehungen zu kappen, was das AA ablehnte¹⁸⁶. Auf Initiati-

¹⁸⁰ Vgl. Moses Moskowitz, *The Roots and Reaches of United Nations Actions and Decisions*, Alphen/Rockville 1980, Kapitel IV.

¹⁸¹ Vgl. Anton Sterzl, *Glaubensartikel Chile*, in: *Bonner Rundschau* vom 9. 12. 1977.

¹⁸² Die Auseinandersetzung um Chile fand auch als Machtkampf innerhalb der Unionsparteien statt; *Archiv für Christlich-Soziale Politik* (künftig: ACSP), NL Strauß, Sign. PV/10076, Strauß an Kohl, 9. 10. 1973.

¹⁸³ „CSU will mit ‚erfolglosen Tabus‘ brechen. Gegen einseitige Festlegung auf CDU-Kanzlerkandidaten/ Beifall für Chile-Reise“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 6. 12. 1977.

¹⁸⁴ Vgl. Irmtrud Wojak/Pedro Holz, *Chilenische Exilanten in der Bundesrepublik Deutschland (1973–1989)*, in: Claus-Dieter Krohn (Hrsg.), *Exile im 20. Jahrhundert*, München 2000, S. 175.

¹⁸⁵ So etwa für die KAS; vgl. Patricio Aylwin Azócar, *El reencuentro de los demócratas. Del golpe al triunfo del No*, Santiago de Chile u. a. 1998, S. 31 ff. u. S. 92 f., für die FES vgl. Andreas Wille u. a., *Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in wichtigen Schwellenländern. Chile, Indien, Südafrika*, Bonn 2009, S. 26 ff.

¹⁸⁶ Diese Position war angreifbar, da sie an den Beginn der UP erinnerte, in der beide den unpolitischen Charakter der Finanzbeziehungen besonders betont hatten. AdsD, Bestand

ve des BMZ wurde eine Wochen vor dem Putsch eine vertraglich zugesagte Kredittranche in Höhe von 21,1 Mio. DM auf Eis gelegt. Im AA bezweifelte man, dass der Kredit tatsächlich, wie vom BMZ behauptet, an die Beendigung der Umschuldungsverhandlungen 1974 gebunden sei, zumal sich das BMZ auch nach der Beendigung der umstrittenen Umschuldungsverhandlungen weigerte, die Gelder auszuzahlen¹⁸⁷. Die letztliche Auszahlung und leichte Bremsung der schärfsten Junta-Gegner bedeutete aber nicht, dass die Finanzbeziehungen das vorherige Maß zurückerlangen sollten. So unterrichtete Ministerialdirektor Lahn den chilenischen Botschafter im Juni 1975, dass auch nach der erfolgreichen Beendigung der Umschuldungsverhandlungen keine neuen Kredite angedacht seien¹⁸⁸. Im AA war man unzufrieden über die mittlerweile quasi eingefrorenen Beziehungen und versuchte vergeblich, die Politik der „doppelten Standards“ zu durchbrechen¹⁸⁹. Der zuständige Ministerialdirektor bemängelte noch im August 1979, die Beziehungen befänden sich seit 1973 „auf einem künstlich gedrosselten Niveau“. Das Land sei Opfer einer maßlosen „generellen Verurteilung“. Angesichts der verbesserten innenpolitischen Lage solle daher – insbesondere im Bereich der Wirtschaft und der Entwicklungshilfe, die der Bevölkerung zu Gute komme – „schrittweise und behutsam“ die bisher „restriktive Haltung“ gelockert werden, auch da man so den „liberalen Kräften Hilfestellung“ geben könne¹⁹⁰. Die Ministerien konnten sich jedoch nicht auf eine gemeinsame Position gegenüber Santiago verständigen. Im Schatten dieses Stillstandes wucherten statt dessen unerfreulicher Dogmatismus ebenso wie unselige Kumpaneien bundesdeutscher Botschafter mit der Pinochet-Diktatur¹⁹¹.

Hans Matthöfer, Sign. 133, unpaginiert; Interview Matthöfers mit dem Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt vom 17. 10. 1973.

¹⁸⁷ PA/AA, Zwischenarchiv / 100594, unpaginiert, Brief „Chile-Kapitalhilfe“, VLR Schönfeld, AA, an MD Fischer, Bundeskanzleramt, 25. 10. 1974.

¹⁸⁸ Stattdessen präsentierte er die neue entwicklungspolitische Linie der Bundesregierung, die sich auf die Hilfe einiger weniger Entwicklungsländer konzentrieren sollte, die entweder politisch besonders bedeutsam oder aber besonders arm waren. ARREE, Embajada Alemania, 1975, Oficios reservados, unpaginiert, Bericht „Entrevista con Director Político Dr. Lothar Lahn“, Botschafter Irrarázaval an MRE, 5. 6. 1975. In dem Gespräch erklärte Lahn, die Bundesregierung sehe ein mündliches Versprechen über die 45 Mio. DM Kapitalhilfe als nicht rechtlich bindend an.

¹⁸⁹ Gespräch Genschers mit dem britischen Außenminister Lord Carrington, 11. 5. 1979, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1979, bearb. von Michael Ploetz und Tim Szatkowski, München 2010, hier Bd. 1, Dok. 131, S. 594.

¹⁹⁰ Aufzeichnung des MD Meyer-Landrut, 10. 8. 1979, in: AAPD 1979, hier Bd. 2, Dok. 222, S. 1066–1072, Zitate S. 1066, S. 1071 u. S. 1072.

¹⁹¹ Vgl. Dieter Maier, „Äußerste Zurückhaltung“ – die Colonia Dignidad und die deutsche Diplomatie 1961–1978. Eine Akteneinsicht im Auswärtigen Amt Berlin, online unter: <http://www.menschenrechte.org/lang/de/lateinamerika/colonia-dignidad-deutsche-diplomatie> [31. 3. 2012], passim.

Fazit

Die Beziehungen beider deutscher Staaten zu Chile während der 1960er und 1970er Jahre waren intensiv, vielgestaltig und dynamisch, wobei viele der außerhalb der bilateralen politischen Ebene liegende Kontakte hier nur angedeutet werden konnten. Die 1960er Jahre waren dabei gekennzeichnet durch die Infragestellung der zuvor unangefochtenen Dominanz der Bundesrepublik und durch die Politisierung der bis dahin quasi unumstrittenen Beziehung – eine Tendenz, die die DDR durch vielfältige Kontakte indirekt unterstützen konnte. Insbesondere die sich paradigmatisch voneinander abgrenzenden chilenischen Regierungen unter Frei, Allende und Pinochet forderten die beiden deutschen Staaten in sehr unterschiedlicher Weise heraus, wobei die Regierungen Frei und Allende besonders von den deutschen Exponenten des Systemkonflikts profitierten: Die Bundesrepublik und die DDR wirkten jeweils prominent an der Förderung der christdemokratischen „Revolution in Freiheit“ beziehungsweise Allendes „chilenischen Weg zum Sozialismus“ mit. Angesichts der aufgewandten Ressourcen wie auch der längerfristigen Folgen der Beziehungen muss Chile daher als ein Schwerpunkt in den Lateinamerikabeziehungen Bonns wie Ost-Berlins angesehen werden.

Hinsichtlich der – ohnehin anzuzweifelnden – Möglichkeit zur Beeinflussung von Entwicklungspfaden von außen waren beide deutsche Staaten sicher nicht entscheidend für das Schicksal Chiles. Sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR mussten mit Bedauern erkennen, dass ihre wie auch die Möglichkeiten ihrer jeweiligen internationalen Partner zu entscheidender Einflussnahme begrenzt waren, was letztlich die These der neueren Forschungen zum Kalten Krieg bestätigt, die den lokalen politischen Kräften in den Entwicklungsländern selbst entscheidende Bedeutung beimessen. Dennoch verdienen die eigenständigen Ansätze beider deutscher Staaten gegenüber Chile eine differenzierte Betrachtung jenseits eines reinen „Vasallentums“ in ihren jeweiligen Blöcken.

Die Beziehungen während der Spätphase der Regierung Allende und der Diktaturzeit waren in beiden deutschen Staaten von Sichtweisen beeinflusst, die bis heute unser Bild von Chile und den Beziehungen prägen. Die Erfahrungen des Jahres 1973 als historischem Fluchtpunkt verdeckten dabei oft die Intensität und Vielfältigkeit politischer Beziehungen, die zwischen den beiden deutschen Staaten und Chile vor dem Putsch wie auch nach dem Abklingen der ersten Empörung über die Diktatur herrschten und die für den Andenstaat und seine Politiker bis heute Bedeutung haben.